

**Kantonsrat Schaffhausen**

## **Protokoll der 1. Sitzung**

vom 15. Januar 2018, 08.00 Uhr im Kantonsratssaal in Schaffhausen

*Vorsitz* Walter Hotz

*Protokoll* Veronika Michel und Joël Reber

*Während der ganzen Sitzung abwesend (entschuldigt)*  
Maria Härvelid, Susi Stühlinger

*Während Teilen der Sitzung abwesend (entschuldigt)*  
Jürg Tanner, Raphaël Rohner

<i>Traktanden</i>	<i>Seite</i>
1. Inpflichtnahme von Stefan Lacher (JUSO) als Mitglied des Kantonsrats	11
2. Inpflichtnahme von Claudia Indermühle als Kantonsratssekretärin	11
3. Wahl von einem Mitglied der Geschäftsprüfungskommission ( <i>Ersatz für Maria Härvelid</i> )	11
4. Wahl von zwei Mitgliedern der Gesundheitskommission ( <i>Ersatz für Rainer Schmidig und Patrick Portmann</i> )	12
5. Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 6. Dezember 2016 betreffend Kredite für den Bau eines Polizei- und Sicherheitszentrums und für einen Neubau für das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt sowie betreffend die städtebauliche Entwicklung des Klosterviertels ( <i>Fortsetzung der Beratung</i> )	12

## **Antrittsrede des Kantonsratspräsidenten Walter Hotz**

**Kantonsratspräsident Walter Hotz (SVP):** Zuallererst bedanke ich mich bei Ihnen für meine Wahl zum Präsidenten 2018 dieses Rats. Ich habe grossen Respekt vor diesem Amt und ich werde versuchen, zusammen mit meinen beiden Vizepräsidenten, mit den Stimmzählern und den stillen Schafferinnen und Schaffern des Sekretariats, mein beziehungsweise unser Bestes zu geben. Ganz herzlich gratuliere ich auch dem Regierungspräsidenten Christian Amsler zu seiner Wahl. Wir hatten bereits Anfang Jahr ein ungezwungenes, interessantes gemeinsames Gespräch, bei dem wir das alte Jahr, aber auch das Jahr 2018 analysiert haben. Wir beide sind zum gemeinsamen Schluss gekommen – so glaube ich jedenfalls geschätzter Regierungspräsident Christian Amsler – dass unser Staat, insbesondere unser Grenzkanton von der politischen Mitwirkung seiner Bürgerinnen und Bürger lebt. Dass die direkte Demokratie auf allen Ebenen unseres föderalen Gemeinwesens ohne informierte Kantonsräte, aber auch ohne Kantons-Bürgerinnen und Kantons-Bürger nicht denkbar wäre. Diesen letzten Satz habe ich mir unterstrichen und fett ausgedruckt. Wichtig ist mir auch eine gute Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei, damit die Verbindung zwischen Regierung und dem Kantonsrat sichergestellt ist und im gegenseitigen Vertrauen gearbeitet werden kann. Dies nicht nur in Sachen Rechtsberatung. Sie sehen das auch bereits daran, dass unser Staatsschreiber näher ans Präsidium gerückt ist. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Legislative und der Exekutive, wir leben in einem Land, in einem Kanton, die uns die Möglichkeit geben, die Politik direkt mit zu gestalten und unsere Wünsche und Stimmen einzubringen. Es ist mir wichtig, dass alle Kantonsräte, alle Regierungsmitglieder, aber auch alle Menschen in unserem Kanton diese Gelegenheit wahrnehmen. Dafür werde ich mich als ihr Kantonsratspräsident einsetzen. Es ist mir natürlich klar, in einem Kantonsparlament gibt es auch Konflikte zwischen dem Parlament und der Regierung. Es ist eine dauernde Streitfrage, «wie viel Staat oder wie viel Regierungsmacht» notwendig ist. Welche Bereiche soll die Regierung regeln, welche nicht? Es ist eine Tatsache, dass sich in den vergangenen Jahren – gerade in unserem Kanton – ungeachtet der historisch gewachsenen Anschauungen ein Wandel der Sichtweise eingetreten ist: Die Regierung wird nicht mehr als «Obrigkeit» gesehen, der man kritiklos zu gehorchen hat, sondern als «Dienstleistungsunternehmen», das als Gegenleistung für die Steuern und Abgaben, für das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft zu sorgen hat. Es ist freilich verkürzt, unseren Kanton als Unternehmen zu sehen, dem man für eine Leistung etwas bezahlt, denn die Regierung ist auch auf den Input und die Beteiligung der Kan-

tonsparlamentarier angewiesen. Wünschenswert, ja sogar Pflicht, ist natürlich, dass diese Inputs von der Regierung auch angenommen werden. Wir alle müssen uns immer wieder daran erinnern: Wo Macht vorhanden ist besteht immer die Gefahr des Missbrauchs der Macht. Die beste Vorkehrung gegen Machtmissbrauch ist, wenn man nicht alle Macht in eine Hand legt, sondern die Macht geteilt, beschränkt und gebändigt ist und sich das Parlament und die Regierung gegenseitig kontrollieren. Die Regierung, aber auch das Parlament können in der direkten Demokratie nicht mit brachialer Macht Politik betreiben. Wir Parlamentarier und die Regierungsmitglieder müssen dauerhaft zusammen arbeiten, unser politischer Betrieb muss auf Partnerschaft und Vertrauen beruhen. Es ist erwiesen, gegenüber Partnern denen man vertraut, ist man eher zu Kompromissen bereit, weil man weiss, dass die eigene Kompromissbereitschaft später das gleiche Verhalten beim Gegenüber auslösen wird. Erlauben Sie mir, Sie darauf hinzuweisen, dass bei einem politischen oder wirtschaftlichen Entscheid nicht allein die jeweils aktuelle Situation zu sehen ist, sondern man muss auch die Folgen der Art der Entscheidung auf künftige Entscheide berücksichtigen. Nicht der Druck von oben, sondern der gemeinsame Wille von unten hält unseren Kanton zusammen. Die politische Kultur in unserem Kanton muss ausgesprochen bürgerorientiert sein. Werte wie direkte Demokratie, Unabhängigkeit, Föderalismus, Konkordanz und Neutralität müssen für uns alle hoch im Kurs stehen. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns allen. Es kommt nicht nur darauf an, was man macht, sondern auch darauf, wie man es macht. Nicht nur das Ergebnis ist wichtig, sondern auch dessen Zustandekommen. Politischer Streit muss sein, aber dieser sollte unter Beachtung von geschriebenen und ungeschriebenen Spielregeln ausgefochten werden. Politisches Handeln in der Demokratie braucht ein gegenseitiges Vertrauen. Auf die Dauer erfolgreich ist unser Kanton nur mit einer vertrauensvollen Partnerschaft zwischen Parlament und Regierung. Wir müssen uns immer vor Augen halten: Das Leben des Einzelnen ist begrenzt; Institutionen können es überdauern. So sorgt unser Parlament dank seiner Repräsentativität dafür, dass sich Menschen aus allen Regionen und allen sozialen Schichten regelmässig treffen und gemeinsam wichtige Entscheide fällen. Es braucht also Menschen im Parlament und in der Regierung, die nicht nur wirtschaftliche und politische Fähigkeiten und Kenntnisse, sondern auch soziale Fähigkeiten haben. In den politischen Prozessen dürfen und müssen wir leidenschaftlich kämpfen. In den Politikerergebnissen ist Mässigung und Gerechtigkeit geboten. Denken wir stets daran, alles was der Kanton leistet, muss von jemandem bezahlt werden, sei es direkt von den Leistungsempfängern oder indirekt über Steuern und Abgaben. Ich freue mich nun, als Ratsprä-

sident zusammen mit Ihnen durch Würdigung der Leistungen und Feststellung von Mängeln, das Vertrauen in Staat und Behörden sicherzustellen, getreu unserem Gelübde: «Die Mitglieder des Kantonsrats geloben, die Ehre, die Wohlfahrt und den Nutzen des Kantons Schaffhausen zu fördern und ihr Amt der Verfassung und den Gesetzen gemäss nach bestem Wissen und Gewissen zu führen.» Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen ein erfolgreiches 2018.

\*

### **Neueingänge** seit der letzten Sitzung vom 11. Dezember 2017:

1. Bericht und Antrag der Kommission für grenzüberschreitende Beziehungen (GrüZ) vom 17. November 2017 betreffend «Stipendien-Konkordat» und «Stipendiendekret».
2. Bericht und Antrag der Spezialkommission 2017/1 vom 29. November 2017 betreffend «Sozialhilfegesetz»
3. Kleine Anfrage Nr. 2018/1 von Walter Hotz vom 25. Dezember 2017 mit dem Titel: «Regierungsrat auf Abwegen: Wann nimmt die Regierung das Parlament wieder ernst?».
4. Nachtrag zum Bericht und Antrag der Kommission für grenzüberschreitende Beziehungen (GrüZ) vom 17. November 2017 betreffend «Stipendien-Konkordat» und «Stipendiendekret».
5. Bericht der Wahlvorbereitungskommission vom 8. Januar 2018 betreffend Wahl einer Staatsanwältin.
6. Bericht der Wahlvorbereitungskommission vom 8. Januar 2018 betreffend Wahl einer Oberrichterin (50%).
7. Antwort des Regierungsrats vom 9. Januar 2018 auf die Kleine Anfrage Nr. 2018/1 von Walter Hotz vom 25. Dezember 2017 mit dem Titel: «Regierungsrat auf Abwegen: Wann nimmt die Regierung das Parlament wieder ernst?».
8. Schriftliche Antwort des Regierungsrats vom 9. Januar 2018 auf die Interpellation Nr. 2017/2 von Walter Hotz vom 10. April 2017 mit dem Titel «Causa Stadtschulrat: Wie lange schaut der Erziehungsrat noch zu?».
9. Motion Nr. 2018/1 von Martina Munz vom 15. Januar 2018 betreffend Aktienverkauf der EKS AG neu in der Kompetenz des Kantonsrates.

Die Motion hat folgenden Wortlaut: «Artikel 12 Absatz 1 des Elektrizitätsgesetzes (SHR 731.100) wird wie folgt geändert: Der ~~Regierungsrat~~ **Kantonsrat (Grosse Rat)** kann unter Berücksichtigung der energiepolitischen Interessen des Kantons und der Marktverhältnisse die Veräusserung von bis zu einem Drittel der Aktien an Dritte beschliessen. **Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.** ~~Darüber hinaus ist er befugt, die gesamten Aktien gegen eine entsprechende Beteiligung an einer Gesellschaft zu tauschen, die von den an der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK) beteiligten Kantone getragen wird.»~~

\*

### **Mitteilungen des Präsidenten:**

Wie Sie bemerkt haben, hat sich die Sitzordnung vorne im Saal geändert. Diese Änderung hat das Ratsbüro im Zusammenhang mit der Einführung der Abstimmungsanlage beschlossen. In diesem Zusammenhang informiert Sie das Büro im Weiteren darüber, dass zwei Ersatzstimmzählende zu wählen und dann natürlich auch in der Bedienung der Abstimmungsanlage zu schulen sind. Die AL-ÖBS- und die GLP-EVP-Fraktion werden je einen entsprechenden Wahlvorschlag machen. Die Wahl erfolgt nach Inbetriebnahme der Anlage, die, wenn alles nach Plan läuft, an der Sitzung vom 19. Februar 2018 erfolgt.

### **Rücktritte**

Mit Schreiben vom 12. Dezember 2017 teilt Rainer Schmidig seinen Rücktritt aus der Gesundheitskommission per 31. Dezember 2017 mit. Er schreibt:

«Da mich meine Fraktion als Nachfolger in der GPK von Kantonsrätin Maria Härvelid, GLP, vorschlägt, trete ich per sofort aus der Gesundheitskommission zurück. Als Nachfolgerin in der Gesundheitskommission schlägt unsere Fraktion Kantonsrätin Regula Widmer, GLP, vor.»

Mit Schreiben vom 27. Dezember 2017 teilt Beat Keller seinen Rücktritt als Ersatzoberrichter per 30. Juni 2018 mit. Er schreibt:

«Auf den 30. Juni 2018 trete ich altershalber als Ersatzoberrichter zurück. Die Präsidentin des Obergerichts habe ich bereits darüber orientiert. Auf

das gleiche Datum trete ich auch von meinen weiteren Funktionen als Präsident der Aufsichtsbehörde über das Anwaltswesen und als Präsident der Kommission für Enteignungen, Gebäudeversicherung und Brandschutz zurück. Ich danke Ihnen für das mir in all den Jahren durch die Wahl bzw. Wiederwahl entgegengebrachte Vertrauen.»

Mit Schreiben vom 15. Januar 2018 gibt Martina Munz Ihren Rücktritt als Kantonsrätin per 18. Februar 2018 bekannt. Sie schreibt:

«Mit dem heutigen Schreiben gebe ich meinen Rücktritt aus dem Kantonsrat auf den 18. Februar 2018 bekannt. Grund für meinen Rücktritt ist die zeitlich schwierige Vereinbarkeit der Kantonspolitik mit der nationalen Politik. Zwar konnte ich meist den Montagmorgen für die Kantonsratssitzungen freihalten, aber die zunehmenden Ganztagesitzungen führten zu häufigeren Terminkollisionen. Nach meinem politischen Verständnis findet der wichtigste Teil der Ratsarbeit in den Kommissionen statt. Mir selber ist es durch mein Engagement auf nationaler Ebene kaum mehr möglich, in den Kommissionen intensiv mitzuwirken. Es ist mir deshalb ein Anliegen, meinen Sitz im Kantonsrat an eine aktive Kollegin übergeben zu können, die in unserem Kanton politisch noch viel bewegen will. Seit der zahlenmässigen Reduktion des Kantonsrats sind die Ratsmitglieder einer noch grösseren Belastung ausgesetzt als zuvor. Oft steht für die Mitwirkung in Kommissionen nicht die Kompetenz im Vordergrund, sondern zunehmend die zeitliche Verfügbarkeit der Ratsmitglieder. Ihre Entscheide in den Kommissionen werden als Folge davon in den Fraktionen und später im Rat oft wieder umgestossen. Tragfähige Kompromisse kommen dadurch nur noch selten zustande oder werden von der Regierung nicht mitgetragen. Ich wünsche mir deshalb wieder mehr Kompromissbereitschaft und gegenseitigen Respekt für eine erfolgreiche Kantonspolitik. Die politische Arbeit im Kanton Schaffhausen hat mir viel bedeutet und von Beginn an gefallen. In unserem lokal geprägten politischen Umfeld mit all den Veränderungen im Laufe meiner gut 18-jährigen Ratsarbeit habe ich mich meist sehr wohl gefühlt. Ich darf mit Genugtuung feststellen, dass es mir gelungen ist politische Gestaltungskraft zu entwickeln. Dafür braucht es Allianzen, Verbündete, Seilschaften und nicht zuletzt auch Leute, die mich politisch und fachlich herausfordern. Ich bin sehr dankbar für das bereichernde Zusammenspiel aller beteiligten Kräfte in unserem Politbetrieb. Das gilt insbesondere für meine Kolleginnen und Kollegen im Kantonsrat. Gemeinsam konnten wir vieles bewirken. Mein Dank gilt auch den Mitgliedern des Regierungsrats und allen Mitwirkenden der kantonalen Verwaltung. Sie sind es, die mich mit Informationen stets unterstützt haben und mir das nötige Fachwissen vermittelt haben, um fit zu sein für den Faktencheck. Es ist ein-

drücklich, wie motiviert, engagiert und kompetent unsere Verwaltung arbeitet. Dafür an dieser Stelle meinen herzlichen Dank an alle. Mit meiner Tätigkeit als Kantonsrätin konnte ich mir das nötige Rüstzeug für die nationale Politik erwerben. Als Nationalrätin freue ich mich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit mit dem Kantonsrat, der Regierung, den Behörden und der Schaffhauser Verwaltung. Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen und den gegenseitigen Respekt. Es ist mir eine besondere Freude, mich weiterhin für das Wohl der Schaffhauser Bevölkerung einsetzen zu dürfen. »

Die Kommission für grenzüberschreitende Zusammenarbeit meldet den Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 4. Juli 2017 betreffend den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendien-Konkordat) und den Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 4. Juli 2017 betreffend die Schaffung eines neuen Dekrets über die Erteilung von Stipendien und Studiendarlehen (Stipendiendekret) verhandlungsbereit.

Die Geschäftsprüfungskommission meldet den Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 24. Oktober 2017 betreffend Teilrevision des Dekrets über den kantonalen Winkelriedfonds verhandlungsbereit.

Die Spezialkommission 2017/1 «Sozialhilfegesetz» meldet das Geschäft für die zweite Lesung verhandlungsbereit.

Dem Wunsch der FDP-CVP-JF-Fraktion, in der Spezialkommission 2017/9 «Teilrevision Baugesetz und Erlass Mehrwertausgleichsgesetz» Theresia Derksen durch Thomas Hauser zu ersetzen, wird entsprochen.

Das Ratsbüro hat per 1. September 2018 Herrn Luzian Kohlberg aus Schaffhausen als neuen Protokollführer und stellvertretenden Ratssekretär eingestellt. Da Herr Kohlberg die Stelle erst im Herbst antreten kann, hat sich Martina Harder dazu bereit erklärt, ihr Anstellungsverhältnis bis 31. August zu verlängern.

Nun noch eine Information für Ratsmitglieder, die für die Sitzungstage über Parkkarten für den öffentlichen Grund verfügen: Wenn 2018 Nachmittags-sitzungen stattfinden, sind die Parkkarten den ganzen Tag gültig.

**Kantonsratspräsident Walter Hotz (SVP):** ich bitte die Medienleute um ihre Aufmerksamkeit. Wie Sie wissen, gibt es ein Gesetz über den Kantonsrat betreffend Medien. Daher lese ich Ihnen Art. 12 daraus vor: «Für die beim Büro gemeldeten ständigen Vertreterinnen und Vertreter der Medien stehen im Ratssaal soweit möglich besondere Plätze zur Verfügung. Die allgemeinen Beratungsunterlagen werden ihnen wie den Ratsmitgliedern abgegeben. Ständigen Vertreterinnen und Vertretern der Medien ist es gestattet im Ratssaal Bild- und Tonaufnahmen zu machen. Im Übrigen bedürfen Bild- und Tonaufnahmen im Ratssaal eine Bewilligung der Präsidentin oder des Präsidenten des Kantonsratssaals.» Ich bitte Sie auch eingehend, während der Ratssitzung nicht umher zu laufen, ihre Interviews nach Möglichkeit während der Pause oder am Schluss der Ratssitzung zu machen. Der historische Ratssaal ist keine Wandelhalle, was ich ganz sicher nicht dulden werde. Das hat mich an der zweitletzten Sitzung im Jahr 2017, während dem Votum von Matthias Freivogel sehr gestört, als er den Schaffhauser Preis für Entwicklungszusammenarbeit an Herrn Albert Marti würdigte. Eine Mediensprecherin hat während dem Votum einen Regierungsrat zu einem Interview abgeholt und beide haben den Ratssaal verlassen. Das werde ich in Zukunft nicht dulden. Wir kommen zur Protokollgenehmigung.

\*

### **Protokollgenehmigung:**

Die Protokolle der 17. und der 18. Sitzung vom 4. und vom 18. September 2017 werden ohne Änderungen genehmigt und verdankt.

\*

### **Fraktionserklärungen:**

**Kantonsratspräsident Walter Hotz (SVP):** Vor der Ratssitzung haben drei Fraktionen den Wunsch geäußert, eine Fraktionserklärung abzugeben. Ich erinnere alle Fraktionssprecher an § 41 Abs. 4: «Fraktionserklärungen in knapper Form sind zulässig. Sie dürfen höchstens drei Minuten dauern, sind vor Beginn der Sitzung dem Ratspräsidium anzumelden und in schriftlicher Form dem Ratssekretariat abzugeben.» Ein wichtiger Hinweis: Eine Diskussion findet nicht statt. Ich bitte den ersten Fraktionssprecher der SVP-EDU-Fraktion Thomas Stamm ans Rednerpult.

**Thomas Stamm** (SVP): Die SVP-EDU-Fraktion des Kantonsrats ist irritiert und enttäuscht über den eigenmächtigen und überhasteten Weiterverkauf der EKS-Aktien an das EK Thurgau. Der Regierungsrat hat im vollen Wissen gehandelt, dass dies gegen den ausdrücklichen Willen des Kantonsrats verstösst. Vier hängige Vorstösse wurden ignoriert. Für die Dringlichkeit des Verkaufs an das EK Thurgau blieb die Regierung bis heute eine schlüssige Antwort schuldig. Es ist für uns unverständlich, warum die Regierung mit dem Weiterverkauf der Aktien nicht zuwarten konnte, so wie es das Parlament ausdrücklich gefordert hatte. Das Handeln des Regierungsrats lässt nur einen Schluss zu: Die Regierung wollte der unangenehmen politischen Diskussion in der GPK und im Kantonsrat aus dem Weg gehen. Das widerspricht ganz klar unserem Demokratieverständnis. Wir fordern die Regierung auf, ihr Handeln zu überdenken und kritisch zur reflektieren. Die Beantwortung der kleinen Anfrage von Walter Hotz zeigt, dass dieses Umdenken leider noch nicht stattgefunden hat. Um das Vertrauen wiederherzustellen, braucht es eine zeitnahe und transparente Information, sodass die demokratische Mitwirkung ermöglicht wird. Unsere Fraktion erwartet, dass die Regierung dies anerkennt und die Zusammenarbeit mit dem Parlament auf eine neue vertrauensvolle Basis stellt. Für die Fraktion SVP-EDU.

**Matthias Frick** (AL): Falls Sie erwarten, dass ich in der Aufzählung zur Begrüssung auch den Regierungsrat hinzufüge, dann muss ich Sie leider enttäuschen. Wenn der Regierungsrat Schaffhausen etwas nicht verdient, dann ist es, dass er von mir oder irgendeinem anderen Mitglied meiner Fraktion geschätzt oder gar beehrt wird. Ganz im Gegenteil. Das ist auch der Grund, weshalb ich an diesem Rednerpult stehe und im Namen meiner Fraktion unseren Unmut über das Vorgefallene kundtue. Der Regierungsrat hat offensichtlich früh erkannt, dass es im Schaffhauser Kantonsparlament – so zerstritten in der Sache es sich sonst jeweils präsentiert – für einmal eine stabile Mehrheit für ein bestimmtes Geschäft gibt: Für den Rückkauf der EKS-Aktien, die vor über zehn Jahren von kurzsichtigen Steuersenkern verscherbelt worden sind. Sie alle wissen, was sich diese fünf Personen in den vergangenen Monaten erlaubt haben. Die Presse hat auch bereits darüber berichtet, die aber leider praktisch nur die Sicht des Regierungsrats wiedergegeben hat. Dieses Grüppchen hat die ausserordentliche Gelegenheit, die Mehrheit am Schaffhauser Elektrizitätswerk wieder unter die vollständige Kontrolle des Kantons zu bringen, hintertrieben und sabotiert, indem es dem Parlament und der GPK Informationen vorenthielt und das Gegenteil von dem machte, was mit komfortabel überwiesenen Vorstössen von ihm gefordert wurde. Ich bin überzeugt, wären Haltung und Absicht der Regierung früh genug bekannt gewesen, wäre die

Regierung zum Zeitpunkt der Ausübung des Vorkaufsrechtes nicht mehr kompetent gewesen, das Geschäft so zu tätigen, wie sie es schlussendlich getan hat. Dafür hätte dieses Parlament gesorgt. Das wiederum war dem Regierungsrat bewusst. Es ist einerlei, ob es EKS-Fischer höchstpersönlich war oder gar die eigene Ideologie, die den einzelnen Regierungsräten eingeflüstert hat, man müsse den Einfluss der Öffentlichkeit auf das kantonseigene Elektrizitätswerk möglichst geringhalten. Schlecht beraten war die Regierung auf jeden Fall. Relevant ist unseres Erachtens nicht, weshalb die Regierung so gehandelt hat, sondern dass sie es getan hat. Damit denke ich konkret die Informationspolitik gegenüber dem Parlament und der GPK von Beginn weg, die Ignoranz gegenüber dem klar geäußerten Willen des Kantonsrats wie auch die Antwort auf die kleine Anfrage von Walter Hotz, die sich stellenweise liest, als ob sie eigens zur Verhöhnung des Rats abgefasst worden wäre.

**Kurt Zubler (SP):** Mit dem überhasteten Verkauf der kurz zuvor zurückgekauften EKS-Aktien an die EKT hat die Regierung weder sich selbst noch dem Kanton ein Geschenk gemacht. Im Gegenteil. Wie oft in den vergangenen Jahren hat sie sich erneut isoliert und dem Kantonsparlament entfremdet. Was hat die Regierung dazu angetrieben? War es der Wille, dem unbotmässigen Parlament, das mit verschiedenen Vorstößen hier einzugreifen versuchte, die Stirn zu bieten? Diesen zu zeigen, dass die Regierung ihre Macht ausüben will, wenn Sie denn kann? Oder war es die sture Fixierung auf die finanzpolitischen Kennzahlen, die das Fünfer-Gremium regelmässig uns vorführt? Leider war es ein anderes Argument, das wohl am stärksten gewichtet ist: Der unnötige Akt des Verkaufs an sich, vor allem aber die unsinnige Eile nähren den Verdacht, dass die Regierung und die Geschäftsleitung der EKS AG rasch unwiderrufliche Fakten schaffen wollen. Angetrieben von der Furcht mit dem vollständigen Eigentum der EKS AG einen möglicherweise grösser werdenden Einfluss der Politik und letztlich des Volkes erfahren zu müssen. Anders ist dieser überhastete Verkauf wohl kaum zu begründen. Weder sachlich-strategisch noch ökonomisch, sondern nur damit, dass eine Aktiengesellschaft mit externer Beteiligung den politischen Einfluss auf ein Minimum begrenzen kann. Das überaus eindeutige Votum des Kantonsrats zum Rückkauf der EKS-Aktien hat die Regierung kurz vor Weihnachten mit dem Argument auf die eigene Zuständigkeit abgeschrieben, abgetan, abgekanzelt und alle inhaltlichen Argumente ignoriert. Den Verkauf begründet die Regierung mit dem Eingehen einer strategischen Partnerschaft zwischen EKS und EKT und beruhigt die kritischen Stimmen mit dem Hinweis, dass die Aktien der EKT zu 100 Prozent in den Händen des Kantons Thurgau und damit in der öffentlichen Hand liegen würden. Aber weshalb ist es dann nicht möglich, dass

der Kanton Schaffhausen auch sein Werk zu 100 Prozent in eigenen Händen halten kann? Das versteht niemand. Mit diesem Verkaufentscheid hat die Regierung die Ausrichtung der EKS AG vorweggenommen. Vor diesem weitreichenden Schritt wäre jedoch eine Klärung der Zusammenarbeit mit SH Power wichtig gewesen. Zeit wäre vorhanden gewesen. In unserem kleinen Kanton müssen SH Power und EKS AG partnerschaftlich zusammenarbeiten. Die Kooperation von EKS und EKT bedingt eine...

**Kantonsratspräsident Walter Hotz (SVP):** Kantonsrat Kurt Zubler, ich muss Sie leider daran erinnern, Ihre drei Minuten sind um. Ich gewähre Ihnen noch einen Satz.

**Kurt Zubler (SP):** Die Kooperation der EKS und EKT bedingt eine Expansionsstrategie, die für unsere Stromversorgung nicht unbedingt positiv endet.

**Kantonsratspräsident Walter Hotz (SVP):** Es tut mir leid, aber wir haben eine Geschäftsordnung. An diese müssen wir uns halten. Ich komme zur Traktandenliste. Wünscht jemand das Wort zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zu Traktandum 1.

\*

### 1. Inpflichtnahme von Stefan Lacher (JUSO) als Mitglied des Kantonsrats

**Stefan Lacher (JUSO)** wird vom **Ratspräsidenten** in Pflicht genommen.

\*

### 2. Inpflichtnahme von Claudia Indermühle als Kantonsratssekretärin

**Claudia Indermühle** wird vom **Ratspräsidenten** in Pflicht genommen.

\*

### 3. Wahl von einem Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (*Ersatz für Maria Härvelid*)

Die GLP-EVP-Fraktion schlägt **Rainer Schmidig** zur Wahl vor.

Weitere Wahlvorschläge werden nicht gemacht.

**Kantonsratspräsident Walter Hotz (SVP):** Da für den vakanten Sitz lediglich ein Kandidat vorgeschlagen wird, mache ich Ihnen beliebt, die Wahl entsprechend § 61 der Geschäftsordnung als stille Wahl durchzuführen.

Es wird kein Einwand erhoben.

**Kantonsratspräsident Walter Hotz (SVP):** Damit erkläre ich Rainer Schmidig als gewählt. Ich gratuliere ihm zu seiner Wahl.

\*

#### **4. Wahl von zwei Mitgliedern der Gesundheitskommission (Ersatz für Rainer Schmidig und Patrick Portmann)**

Die GLP-EVP-Fraktion schlägt Ihnen **Regula Widmer** und die SP-JUSO-Fraktion **Stefan Lacher** zur Wahl vor.

Weitere Wahlvorschläge werden nicht gemacht.

**Kantonsratspräsident Walter Hotz (SVP):** Da für die vakanten Sitze je lediglich eine Kandidatin respektive ein Kandidat vorgeschlagen wird, mache ich Ihnen beliebt, die Wahl entsprechend § 61 der Geschäftsordnung als stille Wahl durchzuführen.

Es wird kein Einwand erhoben.

**Kantonsratspräsident Walter Hotz (SVP):** Damit erkläre ich Regula Widmer und Stefan Lacher als gewählt. Ich gratuliere Ihnen zu ihrer Wahl.

\*

#### **5. Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 6. Dezember 2016 betreffend Kredite für den Bau eines Polizei- und Sicherheitszentrums und für einen Neubau für das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt sowie betreffend die städtebauliche Entwicklung des Kloosterviertels (Fortsetzung der Beratung)**

Grundlagen:                    Amtsdruckschrift 16-143  
  Kommissionsvorlage: Amtsdruckschrift 17-80

## Eintretensdebatte

**Kantonsratspräsident Walter Hotz (SVP):** Wir haben in der Sitzung vom 4. Dezember 2017 bereits erste Eintretensvoten gehört. Es steht noch die Fraktionserklärung der FDP-CVP-JF-Fraktion aus.

**Diego Faccani (FDP):** Der Kommissionspräsident, der Regierungsrat und meine Vorredner haben sehr vieles schon gesagt. Es ist schon etwas länger her, aber ich möchte trotzdem die Diskussion nicht noch unnötig verlängern. Trotzdem möchte ich es nicht unterlassen, mich herzlich bei allen zu bedanken, die bei der Ausarbeitung der Vorlage und in der Kommission mitgearbeitet haben. Allen voran Werner Bächtold, der als Präsident die Kommission während den vier Sitzungen umsichtig geleitet hat. Die beiden Vorlagen wurden in unserer Fraktion sehr intensiv diskutiert. Im Fokus standen vor allem die Kosten für das Sicherheitszentrum, das mit den rund 93 Mio. Franken der grösste Brocken ist. Jahrelang wurde und wird im Saal um jeden Rappen gekämpft, damit der Staatshaushalt wieder ins Lot gebracht werden konnte und wird. Auch an der vergangenen Budgetsitzung, in denen wir über einen einigermaßen ausgeglichenen Voranschlag sehr lange debattiert haben, sind viele Positionen wiederum in Frage gestellt worden. Ob zu Recht oder nicht, das muss jeder für sich selber entscheiden. Aber nun kommt noch ein solcher Klumpen daher, der den Haushalt in den nächsten Jahren zusätzlich belasten wird. Unser Staatshaushalt ist im Moment im Lot oder, aktueller gesagt, auf sehr dünnem Eis gebaut. Es braucht nicht sehr viel, dass dieser Silberstreifen am Horizont wieder verblasst. Man muss diese Vorlage rein aus finanzpolitischen Gründen rundum ablehnen. Denn eigentlich ist dieses Geschäft eine Schuhnummer zu gross. Aber genau davor möchte ich Sie nun warnen. Das Projekt darf nicht nur auf die Finanzen reduziert werden. Das Polizei- und Sicherheitszentrum (PSZ) ist nämlich kein *nice to have*-Projekt. Es ist als Jahrhundertbau zu verstehen und nicht nur das: Es ist auch dringend notwendig. Aber jede Generation kommt irgendwann zu diesem Punkt. Für unsere Vorväter und auch unsere Vormütter war der Bau der Festungsanlage auf dem Emmersberg genauso ein finanzieller Kraftakt, wie der Bau des Kantonsspitals auf dem Geissberg in den Fünfzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts. Bei der heutigen Finanzlage des Kantons und mit dem sehr tiefen Zinsniveau bei Fremdfinanzierungen ist es die richtige Zeit, um ein solches Jahrhundertprojekt zu stemmen. Ich frage Sie: Wann, wenn nicht jetzt? Es stimmt nachdenklich, wie lange dieses Projekt sich bereits hinzieht. Seit der ersten Sicherheitsanalyse sind mittlerweile 15 Jahre vergangen. Immer kam etwas dazwischen: ESH2, EP14 oder andere Sparmass-

nahmen. Somit mussten solche Riesenprojekte verschoben werden. Genauso sind die Arbeitsbedingungen bedenklich, unter welchen unsere Polizei- und Gefängnisangestellten funktionieren müssen. Die räumlichen Gegebenheiten, wie wir sie am heutigen Standort antreffen, genügen schon seit langem nicht mehr den komplexen Aufgaben, die diese Ämterstellen zu verrichten haben. Die genutzten Gebäude müssten mit viel Aufwand und unverhältnismässigem Mittelaufwand saniert werden, damit sie einigermassen den heutigen Anforderungen gerecht wurden. Die Polizei, wie auch die Staatsanwaltschaft sind bekanntlich auf mehrere Standorte verteilt, was ein effizientes Zusammenarbeiten fast verunmöglicht. Das kantonale Gefängnis weist nicht nur in baulicher wie betrieblicher, sondern auch in sicherheitstechnischer Hinsicht gravierende Mängel auf. Dass hier Handlungsbedarf besteht, ist sogar augenfällig. Wir können es drehen und wenden wie wir wollen. Damit die komplexen Aufgaben von Polizei, Gefängnismitarbeitenden und Staatsanwaltschaft effizient und auch sicher bewältigt werden können, braucht es eine zeit- und zweckmässige Lösung. Diese Lösung ist in der Vorlage abgebildet. Natürlich, vermutlich geht es immer billiger. Ich bin mir fast sicher, dass noch Sparanträge in der folgenden Debatte kommen werden. Da Sie mehrere Wochen mehr Zeit hatten seit der letzten Behandlung dieses Geschäfts im Rat, bin ich mir sicher, dass Sie auch zum Schluss gekommen sind, dass kein Rolls Royce, sondern ein zweckdienlicher Passat ohne viel Sonderzubehör gekauft wird. Das Projekt ist auf die Zukunft ausgerichtet. So ist bereits geplant, dass der Gefängnistrakt, wie auch das Verwaltungsgebäude bei Bedarf um ein weiteres Geschoss erweitert werden können. Beim Zuger Sicherheitszentrum – wir waren ja vor Ort – haben die Planer diesen Umstand nicht bedacht und stossen bereits nach zehn Jahren Betriebszeit wieder an ihre Grenzen. Mit dem Neubau des PSZ im Herblingertal eröffnet sich in der Altstadt eine einmalige Chance. Im Klostersviertel mit seinen historischen und historisierenden Gebäuden würde sich mit dem Wegzug der Ämterstellen eine städtebauliche Trouvaille auftun. Man könnte sich städteplanerisch verwirklichen und aus dem Vollen schöpfen. Vorausgesetzt ist aber, dass auch das Strassenverkehrsamt von dort wegzügelt. Diese Möglichkeit, ein neues Quartier inmitten einer mittelalterlichen Altstadt entstehen zu lassen, sucht schweizweit seinesgleichen. Der Kanton könnte somit endlich zeigen, wie gewieft er in der Weiterentwicklung seines Eigentums ist. Vorausgesetzt ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Schaffhauser Stadtrat. Aber bitte nicht zu eng. Eine gute Zusammenarbeit reicht auch aus. Ansonsten entsteht noch eine *Beiz*. Machen Sie es wie wir von der FDP-CVP-JF-Fraktion. Treten Sie auf die Vorlage ein, stimmen Sie am Schluss diesem Jahrhundertbau zu. So kommen unsere für ihre Sicherheit

zuständigen Amtsstellen zu zweckdienlichen und angemessenen Arbeitsplätzen.

**Markus Müller (SVP):** Es sind eigentlich zwei Geschäfte, worüber separat abgestimmt wird. So wie ich es aber verstehe, werden das PSZ und das Strassenverkehrsamt gemeinsam diskutiert. Ich spreche nicht zur Polizei. Ich verbrachte eine Nacht auf der Polizei, nicht als Kunde, sondern als Journalist. Dort muss etwas geschehen, das ist vermutlich allen klar. Es ist lohnenswert für diese Leute, die sehr gut arbeiten, in das Gebäude zu investieren. Was ich bemängle ist der Preis, er ist etwas zu hoch. Ich habe nicht verstanden, dass man nicht kompromissbereit war. Das wird auch bei der Volksabstimmung Probleme geben. Was mir auch keine Freude bereitet oder mich zuversichtlich stimmt, ist das Klosterviertel. Mir wäre es lieber gewesen, wenn das Thema vorher gelöst gewesen wäre. Ich bin nicht so zuversichtlich wie mein Vorredner betreffend die Zusammenarbeit mit der Stadt. Das wird wahrscheinlich lange dauern. Aber das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt hat wenig, bis gar nichts mit dem PSZ zu tun. Synergien sind marginal, wenn nicht sogar inexistent. Aber es hat mit anderen Synergien zu tun, wie etwa den Industriestandorten, dem Standort des Schwerverkehrprüfzentrums des Bundes, mit vernünftigen Zufahrtswegen und nicht zu vergessen der Kundschaft, die zu Fuss die Schalter sowie Ausbildungs- und Prüfungsräume aufsuchen muss. Man darf nicht vergessen, es sind nicht nur Autofahrer. Für die Fussgänger ist es eine eindeutige Verschlechterung vom zentralen städtischen Standort ins *Nowhere*. Ich pflichte Werner Bächtold bei, das Amt ist eigentlich im Moment gut untergebracht. Solange man nicht weiss, was mit dem Quartier passiert, ist es auch kein Problem, wenn es noch dortbleibt. Ich habe mit diversen Leuten diskutiert und da hörte ich mit Erstaunen, dass der Standort gar nicht definitiv sei. Es werde immer noch heftig diskutiert. Dies bis hin zur verwegenen Idee, die Reithalle Schweizersbild zu verlegen. Mittlerweile hat der Baudirektor jedoch signalisiert, dass die Kombination mit dem Schwerverkehrsprüfzentrum nicht weiterverfolgt wird. Das ist irgendwie ziemlich kurzichtig. Auch die Reithalle soll offenbar keine Option mehr sein. Der Baudirektor hat aber auch gesagt, es bleibe beim vorgeschlagenen Standort. Sollte es aber innerhalb zwei Jahren Änderungen geben, könne man eine neue Vorlage machen. Ich frage mich aber, ob wir über diese Vorlage überhaupt abstimmungsbereit sind, wenn wir die Aussicht haben, dass in den nächsten zwei Jahren eine andere Vorlage kommen könnte. Was mich ebenfalls beschäftigt ist der Standort Beringen. Wir bauen jetzt in Beringen das Zentrum aus für die Zivilschutz- und Feuerwehrausbildung. Im Bericht sehe ich aber kein Wort, was mit der topmodernen neuen Anlage zur Prü-

fung von Personenwagen, Lastwagen, Spezialfahrzeugen und Landwirtschaftstraktoren geschehen soll. Wir müssen und sollten zur Kenntnis nehmen, dass diese letztgenannten Kategorien an Bedeutung noch weiter zunehmen werden. Hingegen die Prüfung von Personenwagen wird weiter in den Hintergrund rücken, was Manpower, Equipment und Knowhow betrifft. Ging früher die Prüfung eines PWs längere Zeit, dauert es heute nur noch so lange, wie der Drucker braucht, um den Prüfbericht des angehängten Computers zu drucken. Noch vor wenigen Jahren wurden zeitintensiv Schläuche angehängt und Abgase analysiert. Das ist vorbei, die teuren Anlagen sind bereits Schrott. Bald wird der *Onboard-Computer* ausspucken, wie weit fortgeschritten die Oxydation, besser bekannt unter Rost, ist. Das Intervall soll von einem Jahr auf zwei Jahre angehoben werden. Das hat mir Arnold Isliker gesagt. Früher dauerte die Prüfung eineinhalb Stunden, heute nur noch eine halbe. Die Kapazität in Beringen wird somit langfristig genügen. Wichtig sind Lastwagen und immer mehr übergrosse Spezialvehikel. Dafür ist das Zentrum Beringen modern und nach heutigen Grundsätzen der Prüftechnik eingerichtet und bietet optimale Arbeitsbedingungen für drei Mitarbeiter. Es liegt in der Industriezone, weit ausserhalb allenfalls belästigter Wohnquartiere. Die Zufahrt ist optimal. Vor allem liegt es in der Region, wo sehr viele zu prüfende Fahrzeuge stationiert sind. Die grossen Transportfirmen und Carunternehmen sind heute im Klettgau und in Neuhausen am Rheinfall angesiedelt. Allein was die Fahrt durch die Stadt nach Herblingen an Zeitverlust und LSVA kostet für leere Servicefahrten, wird das, dem unsäglichen Konkurrenzkampf ausgelieferten Gewerbe weiter belasten. Ich weiss, ich wurde in der Fraktion gerügt, ich solle nicht so blöd tun. Die Leute können nach Herblingen fahren. Es geht nicht darum, die Lastwagen bezahlen LSVA und die ist beträchtlich. Für jeden Kilometer Leerfahrt zahlen sie. Jetzt kommt noch etwas dazu, was wir nicht vergessen sollten: Die unmittelbare Nähe des Wartungsbetriebs in Beringen. Bei diesem ist das Strassenverkehrsamt eingemietet. Kleine Unstimmigkeiten und Mängel können sofort behoben werden und von den amtlichen Prüfern sofort verifiziert werden. Das sind nochmals zwei Fahrten nach Herblingen, die sich erübrigen. Damit erübrigen sich weitere Vorladungen, unnötige Fahrten und wertvolle Zeitverluste bei Unternehmern und kantonalen Stellen. Abgesehen von der Schreibarbeit, die vermieden werden kann. Es wäre ein Schildbürgerstreich sondergleichen, den Standort Beringen zu streichen und die Investitionen zu eliminieren. Ich verlange von der Regierung eine Stellungnahme dazu und eine verbindliche Zusage zuhanden des Protokolls, dass der Standort Beringen erhalten bleibt und weiter betrieben wird. Das Projekt ist dementsprechend anzupassen. Es ist mir klar, man kann nicht für die Ewigkeit sprechen, aber ein Zeithorizont für das Verbleiben im Klettgau von etwa einem Jahrzehnt müsste möglich

sein. Laut Kommissionspräsident wurden dezentrale Lösungen nicht weiter verfolgt. Das ist eigentlich schade. Ohne diese Zusage, dass die Prüfanlage im Klettgau, Standort Beringen, für die nächsten mindestens zehn Jahre bestehen bleiben und betrieben werden muss, werde ich der Vorlage nicht zustimmen und sie in der Volksabstimmung bekämpfen.

**Regierungsrat Ernst Landolt:** Ich äussere mich kurz zur Zuständigkeit. Der Kantonsratspräsident hat es zu Beginn dieser Debatte richtig erwähnt: Der Regierungsrat, beziehungsweise das zuständige Departement – das Volkswirtschaftsdepartement, das Departement Volkswirtschaft und Justiz ist dafür zuständig. Das ist richtig. Richtig ist auch, was Markus Müller gesagt hat, dass es sich um zwei Vorlagen handelt. Sie erinnern sich: Am 4. Dezember 2017, als wir mit der Debatte begonnen haben, als wir diese Einführung gemacht haben seitens der Regierung, haben wir auch darauf aufmerksam gemacht, dass drei Departemente involviert sind in dieses grosse Geschäft. Das ist einerseits die Justiz, da sind wir vom Volkswirtschaftsdepartement mit dem Gefängnis gefragt. Im Weiteren ist das Finanzdepartement involviert, was die finanzielle Situation betrifft und auch das Polizeiwesen hängt damit zusammen, denn die Polizei ist dort angesiedelt. Als dritter Teil ist das Baudepartement auch involviert. Es ist zuständig für das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt. Mein Anliegen ist, dass beispielsweise bei Fragen zum Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt Regierungsrat Martin Kessler Stellung nehmen wird. Richtig ist, dass beim PSZ das Volkswirtschaftsdepartement momentan noch im Lead ist.

**Till Aders (AL):** Aus folgendem Grund spreche ich in erster Linie zum Klostersviertel: Verschiedene Fragen tauchten in unserer Fraktion auf, die wir gerne geklärt hätten, bevor wir mit der Beratung fortfahren. Wenn Sie die Vorlage oder den Bericht und Antrag gelesen haben, dann stellen Sie fest, dass zwar im Bericht sehr ausführlich darüber berichtet wird, was mit dem Klostersviertel geschehen soll, dass es aber keinerlei Anträge dazu gibt. Deshalb bin ich gezwungen hier in der Eintretensdebatte zu diesem Thema zu sprechen. Denn in der Detailberatung wird es nicht mehr möglich sein, zu Punkten, die zwar im Bericht erwähnt sind, aber wozu es keine Anträge gibt, zu sprechen. Regierungsrat Ernst Landolt hat es erwähnt – es handelt sich um ein Jahrhundertprojekt. Viele Stellen sind involviert. Daher weiss ich nicht, wer am kompetentesten ist für die Beantwortung meiner Fragen und daher habe ich sie zuerst an Stefan Bilger adressiert. Denn sie sind doch auch rechtlicher und juristischer Natur. Zudem habe ich sie auch an Regierungsrat Martin Kessler geschickt, da wir einen Planungskredit gesprochen haben, um die Entwicklung des Klostersviertels voranzutreiben. Meine Fragen sind einerseits: Gibt es Interessentinnen oder Interessenten,

die sich für diese Parzelle interessieren? Falls ja, wie viele sind das? Und was hat man gegenüber diesen Interessentinnen und Interessenten kommuniziert? Wie ist das Planungsverfahren unterwegs und wie denkt man es an, dieses weiterzuentwickeln? Wie wird das Vergabeverfahren im Detail aussehen? Welche Schritte wurden bisher unternommen? Im Bericht und Antrag ist festgehalten, dass über einen allfälligen Verkauf der Kantonsrat abschliessend entscheiden werde. Meine Frage dazu ist, ob man das dem fakultativen oder dem obligatorischen Referendum unterstellen kann. Ich gehe davon aus, dass das möglich wäre. Die wichtigste und letzte Frage habe ich erst heute Morgen aufgeschrieben. Die kennt Regierungsrat Martin Kessler noch nicht. Aber ich wäre froh, wenn der Regierungsrat die rechtlichen Überlegungen, die die Kompetenzen bezüglich dieses Verkaufs regeln, noch einmal erläutern kann. Sie sind zwar in einem kurzen Abschnitt im Bericht und Antrag erwähnt. Aber mir war auf den ersten Blick nicht klar, wie es möglich sein soll, dass der Kantonsrat über einen Verkauf in der Höhe von zehn Mio. Franken in eigener Kompetenz entscheiden kann. Staatschreiber Stefan Bilger frage ich: Ist die Regierung der Ansicht, dass dieses skizzierte Vorgehen einer rechtlichen Prüfung standhalten würde? Meine letzte Frage richtet sich an den Kommissionspräsidenten, der mir gegenüber dargelegt hat, dass man bewusst darauf verzichtet hat, die Weiterentwicklung des Klosterviertels im Rahmen dieser Vorlage zu behandeln. Wenn ich mich richtig entsinne, ist der einzige Grund, der dafür spricht, dass man sozusagen das Fuder nicht überladen will. Negativ gesprochen fährt man eine *Salamirädlitaktik*, je nachdem, welche Interessen man verfolgt. Ist es wirklich der einzige Grund, dass man sagt, zu viele Stolpersteine könnten die gesamte Vorlage gefährden? Oder gibt es andere Gründe, die dazu geführt haben, dass man dies im Rahmen dieser Vorlage nicht besprechen sollte? Ich bedanke mich für die Beantwortung meiner Fragen.

**Kommissionspräsident Werner Bächtold (SP):** Ich kannte diese Fragen nicht, deshalb bin ich etwas überrascht. Gerne spreche ich nachher zur Frage an die Kommission.

**Regierungsrat Martin Kessler:** Ich werde gerne alle Fragen soweit beantworten, wie ich es kann. Staatsschreiber Stefan Bilger kann noch die verfassungsrechtlichen Argumente detailliert einbringen. Ich zeige Ihnen gerne noch einmal den geplanten zeitlichen Ablauf.

Zeitplan Gesamtprojekt

	Polizei- und Sicherheitszentrum	Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt	Entwicklung Kloosterviertel	Stadtposten Schaffhauser Polizei
2017/18	Beratung und Beschluss Kredite durch Kantonsrat und Volk			
2018	Detailplanung, Baueingabe und Baubewilligung	Detailplanung, Baueingabe und Baubewilligung	Entwicklungsprozess und Erstellung einer Vorlage zuhanden des Kantonsrats in einem zweistufigen Verfahren	Planung und Realisierung
2019				
2020	Bauausführung	Inbetriebnahme		
2021				
2022			Beratung Vorlage und Beschluss Kantonsrat	
2023	Inbetriebnahme	Umsetzung Entwicklung gemäss Beschluss Kantonsrat	Inbetriebnahme	
2024				

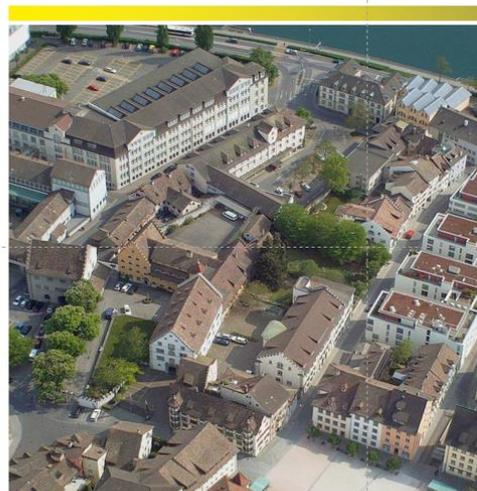
4. Dezember 2017

Polizei- und Sicherheitszentrum

10

Auf der Folie, die bei unserem Einführungsvotum eingeblendet war, sehen Sie den zeitlichen Ablauf, wie alles aufeinander abgestimmt ist. In der dritten Spalte ist die Entwicklung des Kloosterviertels aufgezeigt. Sie sehen, wir wollen ein zweistufiges Verfahren durchführen, indem der Kantonsrat einen wesentlichen Einfluss und Einbezug hat. Sie sehen auch, dass der Start dieses Prozesses 2018 vorgesehen ist. Sobald diese Vorlage mit den beiden Krediten Strassenverkehrsamt und PSZ vom Volk genehmigt wurde, wollen wir mit diesem Prozess starten. Mehr als das, was in der Vorlage steht, wurde bis anhin nicht gemacht.

Kloosterviertel



Zentrumsnahes Areal von 8'100 m2

Heute inadäquate und betrieblich schwierige Nutzung

Teilweise historisch wertvolle Substanz

Nächste Schritte erst, wenn Auszug aller heutiger Nutzer absehbar ist

Mögliche Devestition: CHF 7.75- 10.0 Mio. (je nach Eingriffstiefe und Beteiligung am Entwicklungsrisiko)

4. Dezember 2017

Polizei- und Sicherheitszentrum

9

Es wurden keine Gespräche mit potentiellen Investoren oder Interessenten geführt, was man tun will. Denn wir wollen uns seriös auf diesen Prozess

konzentrieren und alle Beteiligten und interessierten Player mit einbeziehen. Somit soll in einem ersten Schritt eine Kerngruppe definiert werden. Sie gleist das ganze Einbezugsverfahren auf und definiert, wer bei der Erarbeitung des schlussendlichen Rahmenplans mitarbeitet. Die Stadt muss dabei sein, genauso wie die Stadtplanung. Bei den Fachschaften und Interessierten sollen unter anderem der Heimatschutz, der SIA und auch die Anrainer miteinbezogen werden. Der Einbezug der verschiedenen Player ist wichtig, damit es ein stimmiges Bild zu erhalten gibt, was im Klosterviertel entstehen soll. Die Anrainer wurden anfangs Dezember mit dem Start der ersten Debatte mit einem Schreiben informiert, wie der Prozess zur Entwicklung des Klosterviertels ablaufen soll und dass sie ein weiteres Mal angeschrieben werden, weil sie auch miteinbezogen werden sollen. Wir werden also einen Rahmenplan ausarbeiten, der den Rahmen für den Investorenwettbewerb festlegt. Daraus gibt es eine Vorlage, worüber Sie als Entscheider beraten und bestimmen, wie es weitergehen soll. In der Vorlage sollen Szenarien aufgezeigt sein, ob man die im Kantonsbesitz liegenden Liegenschaften und Immobilien verkaufen, im Baurecht abgeben oder sogar eine kantonseigene Weiternutzung im Vordergrund stehen soll. All das werden Sie in einer ersten Stufe aufgrund einer Vorlage zu beraten haben. Dann wird der Wettbewerb durchgeführt und entsprechend ein Siegerobjekt ausgewählt. Wiederum aufgrund dieses Siegerprojekts wird die definitive Vorlage erarbeitet, in der dann auch die Frage Verkauf des Areals oder Abgabe im Baurecht beantwortet sein muss. Sie haben dann erneut die Gelegenheit sich einzubringen. Das ist das, was wahrscheinlich die AL und Till Aders möchten. Diese Diskussion werden wir gemeinsam führen. In diesem Prozess können und wollen wir alles mit Ihnen und den massgeblichen Playern besprechen. Das Areal Klosterviertel ist von eminenter Wichtigkeit für die Entwicklung der Stadt und wir sehen ein Riesepotential. Das wäre der eine Teil. Im Weiteren fragte Till Aders, ob es möglich sei, die Vorlage, das wäre dann die zweite Vorlage, dem fakultativen oder obligatorischen Referendum zu unterstellen. In der jetzt vorliegenden Vorlage steht, dass dies nicht vorgesehen ist. Der Kantonsrat soll abschliessend den Entscheid fällen, ob die Immobilien verkauft werden sollen oder nicht. Diese Aussage basiert auf einer Interpretation der Kantonsverfassung. In Art. 66 wird die Verfügung von Immobilien von Landgeschäften über einer Mio. Franken geregelt. Das heisst, unter einer Mio. Franken ist der Regierungsrat zuständig, über einer Mio. Franken der Kantonsrat. Bei Land- oder Immobiliengeschäften ist man schnell über einer Mio. Franken. Es ist aber nicht geregelt, was bei noch höheren Beträgen passiert. Im Kommentar zur Kantonsverfassung wird ausgeführt, man gehe davon aus, dass der Kantonsrat abschliessend zuständig ist. Aber die Kantonsverfas-

sung sagt auch, dass jeder Beschluss des Kantonsrats der Volksabstimmung unterstellt werden kann. Meine Interpretation ist deshalb, dass eine Mehrheit des Kantonsrats diese Vorlage im fakultativen oder obligatorischen Referendum dem Volk vorlegen kann. Vielleicht wird Stefan Bilger dazu noch etwas sagen.

**Staatsschreiber Stefan Bilger:** Ich bestätige die Ausführungen von Regierungsrat Martin Kessler. Die Kompetenz bei dieser Liegenschaft ist im Finanzvermögen. Wenn die Nutzungen der Liegenschaften nicht mehr so sind, dann ist die Kompetenz über eine Mio. Franken beim Kantonsrat. Das ist an sich abschliessend. Aber, wie richtig ausgeführt wurde, sieht unsere Verfassung vor, dass jeder Beschluss des Kantonsrats der Volksabstimmung unterstellt werden kann. Wenn Sie im Rahmen dieser letzten Vorlage die dort angeordneten Beschlüsse dem fakultativen oder obligatorischen Referendum unterstellen, ist sichergestellt, dass das Volk das letzte Wort hat. Sofern Sie das wollen.

**Kommissionspräsident Werner Bächtold (SP):** Das, was in der Vorlage steht zur städtebaulichen Entwicklung des Klosterviertels, beruht im Wesentlichen auf einer Studie aus dem Jahr 2010. Die Kommission ist sich einig, dass es sich dabei um eine Momentaufnahme handelt, die damals gemacht wurde, als der Neubau diskutiert wurde. Diese Studie ist heute aus meiner Sicht, und auch aus der Mehrheit der Kommission, nicht mehr brauchbar. Deshalb muss man bei der Entwicklung des Klosterviertels noch einmal von vorne beginnen und das vertieft anschauen. Regierungsrat Martin Kessler hat es erklärt. Im Zeitplan in der dritten Spalte ist ersichtlich, dass für diese Entwicklung des Klosterviertels ungefähr drei Jahre veranschlagt werden. Das ist eine relativ lange Zeitdauer. Wenn wir diesen Prozess machen, bevor wir dem Neubau zustimmen, verlieren wir diese drei Jahre. Das war der Grund, weshalb die Kommission die Entwicklung des Klosterviertels nicht diskutiert hat, sondern sich mit dem, was in der Vorlage steht, zufriedengegeben hat. Dies im Wissen, dass anschliessend dieser ganze Prozess gestartet wird, den Regierungsrat Martin Kessler anhand der zweiten Folie vorher erklärt hat. So muss es aus meiner Sicht sein und es wäre nicht seriös, wenn wir jetzt schnell etwas bringen würden. Das würde uns nachher einholen. Es wäre auch nicht richtig und angebracht, den Beginn des Baus des neuen PSZ noch einmal um drei Jahre zu verschieben. Wir sind schon spät dran. Soviel zur ersten Frage. Im Weiteren geht es um den Standort des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamtes. Ich warne auch im Namen der Kommissionsmehrheit davor, damit zu liebäugeln, dass man den Büro- und Verwaltungsteil am alten Standort las-

sen kann. Das ist schon möglich. Man kann auch die Polizei und das Gefängnis noch 20 Jahre am alten Standort lassen. Aber wenn man wirklich das Klostersviertel entwickeln will, dann muss es komplett frei sein, nicht nur ein Teil. Ich kenne uns Schaffhauserinnen und Schaffhauser, wenn wir Provisorien schaffen, werden sie in der Regel zu Providurien. Das wird hinderlich sein, um dieses Klostersviertel zu entwickeln und etwas Gescheites daraus zu machen. Das ist die Meinung der Kommissionsmehrheit. Den Standort Beringen haben wir in der Kommission diskutiert. Der sollte nicht mehr bestehen bleiben. Aber das muss die Regierung noch bestätigen. Denn es ist aus Synergiegründen nicht sinnvoll, wenn das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt an zwei Standorten tätig ist. Das kostet garantiert sehr viel. Nach Aussagen des Chefs des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamtes ist das Zentrum in Beringen bereits über der Kapazitätsgrenze. Deshalb ist es angezeigt, wenn man auch diesen Zustand aufräumt, beendet und zusammenlegt. Damit kann man die bestehenden Synergien nutzen.

**Regierungsrat Martin Kessler:** Zum Votum von Markus Müller über das Strassenverkehrsamt ist folgendes zu sagen: Grundsätzlich ist es meine und ich hoffe auch Ihre Auffassung, dass der Kanton gegenüber dem Volk eine Verpflichtung hat, seine Aufgaben möglichst effizient und wirtschaftlich zu erbringen. Deshalb hat er auch entsprechend seine Betriebe zu organisieren. Das ist beim Strassenverkehrsamt eindeutig dann möglich, wenn das Unternehmen an einem Standort betrieben wird, wo alles zusammengefügt ist. So gross ist unser Kanton nun mal nicht. Wenn Sie, Markus Müller, das allein auf die Lastwagenfahrten beziehen, dann gibt es auch in anderen Kantonsteilen, nicht nur im Klettgau und im Randental, Lastwagenunternehmen. Die müssen jetzt auch anfahren. Aber das scheint gar kein Thema zu sein, jedenfalls wurde das Strassenverkehrsamt, welches naturgemäss sehr viel Kontakt zu den Garagenbetrieben und zu den Lastwagenhaltern hat, nie darauf angesprochen. Dieses Projekt ist ja nicht plötzlich entstanden. Es ist nicht neu, dass im Herblingertal neu gebaut, zentralisiert und zusammengeführt werden soll. Das wissen wir alle. Ich habe ebenfalls keine erzürnten Anrufe oder Bitten erhalten, dass das nicht gemacht werden soll. Es gibt gute Gründe dafür, warum die Lastwagenhalter kein Problem damit haben. Die Begründung von Markus Müller war die LSVa und dass zusätzliche Fahrten gemacht werden müssen. Das ist nur in beschränktem Rahmen so, wenn es vielleicht eine Nachkontrolle gibt. Aber diese Prüftermine werden heute alle elektronisch gemacht. Das heisst, die Disponenten der Unternehmen planen diese Prüftermine in ihre Touren ein. Die Lastwagen müssen sogar beladen sein, wenn sie geprüft werden. Deshalb kommen sie beladen zur Prüfstation, werden geprüft

und fahren dann weiter. Nach EU-Richtlinien wäre neu nur noch ein zweijähriger Prüfungsintervall nötig. Einige Lastwagenhalter bitten aber, jährlich aufgerufen zu werden, damit sie die grössere Gewähr haben, dass ihre Lastwagen in Ordnung sind. Ich kann nicht für das Unternehmen von Arnold Isliker sprechen, aber ich kann sagen, dass wir dies im Betrieb erleben. Deshalb ist die Anfahrt nicht wirklich ein Argument, dass man das nicht zusammenführen soll. Mit dem Standort im Herblingertal wird nicht nur derjenige in Beringen aufgehoben, sondern natürlich auch die zweite Aussenprüfstelle im Ebnat. Bei den Verkehrsbetrieben werden ebenfalls Lastwagen geprüft. Auch dort müssen jeweils die Experten disponieren und kurzfristig Einsätze in Aussenstellen machen. Das wird viel einfacher, wenn alle zentral an einem Ort sind. Das gibt auch bei den PWs Möglichkeiten für eine bessere Disposition der Mitarbeitenden und der Prüftermine. Es ist auch nur beschränkt richtig, dass die Garagen im Klettgau daran interessiert seien, ihre Fahrzeuge in Beringen prüfen zu lassen. Oft fragen sie nach, ob sie am Morgen noch vorbeikommen können, weil sie am Nachmittag ein Auto an den Kunden abgeben müssen. Für sie ist es selbstverständlich, dass sie dann nach Schaffhausen zur Prüfstelle fahren und nicht nach Beringen. Denn in Beringen sind diese Kapazitäten nicht vorhanden, wo man kurzfristig noch einen Termin bekommen kann. Wenn Sie einmal Ihr Fahrzeug vorgeführt haben, kennen Sie das. Sie erhalten heute elektronisch einen Termin und können dann selbst Ihren Termin verschieben, wie sie wollen. Kurzfristige Anfragen können nur in Schaffhausen ermöglicht werden. In Beringen sind wir an der Kapazitätsgrenze angekommen. Der Fahrzeugbestand im Kanton Schaffhausen bei den PWs beträgt heute 47'000 Fahrzeuge. Diese müssen regelmässig geprüft werden und diese Zahl nimmt weiterhin zu. Auch wenn man denkt, irgendwann müsste ein Peak erreicht sein. Aber die bisherige Erfahrung ist, dass wir eine jährliche Zunahme der Fahrzeuge haben. Die Kapazitäten in Beringen reichen nicht mehr aus, um die Klettgauer Bevölkerung zu versorgen. Das heisst, wir müssen künftig zum Beispiel die Löhninger nach Schaffhausen aufbieten. Ab 2020 wird der Klettgau mit dem Galgenbucktunnel extrem gut erschlossen. Dies spielt in beide Richtungen, Sie sind genauso schnell in Herblingen, wie sie von Herblingen in Beringen sind. Somit habe ich kein Verständnis für das Argument, es sei für die Klettgauer zu aufwendig, nach Schaffhausen ins Herblingertal für die Fahrzeugkontrolle zu gehen. Die Fahrt ins Einkaufszentrum Herblingen ist auch wunderbar möglich. Meistens geht es dann leider gleich noch weiter nach Singen. Aber das ist ein ganz anderes Thema. Alle Prüfungen, die momentan für Sonderfahrzeuge gemacht werden und für die Kunden mit Traktoren und landwirtschaftlichen Fahrzeugen vor Ort stattfinden, werden weiterhin vor Ort gemacht. Es muss somit niemand Angst haben, dass er nachher von Trasadingen mit

seinem 15 Kilometer schnell fahrenden Rebbberg-Traktor nach Herblingen fahren muss. Klar ist, dass falls das Strassenverkehrsamt nicht neu gebaut werden könnte, diese Aussenstellen längerfristig ausgebaut werden müssten. Kann es das sein? Es wäre sehr schräg, wenn wir jetzt die einmalige Chance hätten, eine neue Anlage an einem sehr gut gelegenen Ort zu bauen und damit auch das Klosterviertel, wie es der Kommissionspräsident schon gesagt hat, integral räumen können. Wir könnten es zu einer umfassenden Arealentwicklung führen. Da darf das Strassenverkehrsamt nicht im Wege stehen.

**Kantonsratspräsident Walter Hotz (SVP):** Die Medien haben darum gebeten, dass Sie mehr ins Mikrophon hinein und etwas lauter sprechen. Denn auf der Tribüne versteht man Sie kaum. Zudem habe ich jetzt immer von der AL-ÖBS-Fraktion gesprochen. Neu heisst sie ÖBS-Grüne-Partei Schaffhausen. Ich bitte das Versehen zu entschuldigen. Wir fahren fort mit der Debatte bezüglich des Baus eines Polizei- und Sicherheitszentrums und dem Neubau für das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt. Als nächsten Sprecher habe ich Peter Neukomm auf der Liste.

**Peter Neukomm (SP):** Ich habe die Kommissionsberatung als sehr konstruktiv erlebt und gebe meine Stellungnahme aus zwei Blickwinkeln ab. Einerseits aus derjenigen des ehemaligen Strafverfolgers mit über 20 Jahren Erfahrung als Untersuchungsrichter und Staatsanwalt. Andererseits als Vertreter der Stadt in diesem Rat. Ich kann es vorwegnehmen – ich bin aus beiden Blickwinkeln mit dem Ergebnis sehr zufrieden. Als langjähriger Strafverfolger weiss ich aus eigener Erfahrung, in welchem jämmerlichen Zustand die Infrastruktur im Klosterviertel ist. Die Verhältnisse sind schon seit langem für alle eine Zumutung. Einerseits punkto Sicherheit, was schon mehrfach zu Kollateralschäden geführt hat. Andererseits aber auch für diejenigen, die dort arbeiten müssen, wie Polizei, Gefängnispersonal, Staatsanwaltschaft und auch für die Inhaftierten. Ich bin froh, dass die Kommission das auch so sieht. Ich hoffe, dass im Hinblick auf eine Volksabstimmung möglichst viele Führungen im Gefängnis stattfinden werden, damit die Bevölkerung das mit eigenen Augen sehen kann, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Auch als Stadtvertreter bin ich nach den Beratungen der Kommission ziemlich beruhigt. Wichtig ist, dass beim Auszug der Schaffhauser Polizei ins Herblingertal kein Abbau der Polizeipräsenz in der Altstadt droht. Einerseits hat das der Regierungsrat mit seiner Absichtserklärung bekräftigt. Andererseits war es auch der Kommission wichtig, dass ein Posten in der Altstadt, der 365 Tage pro Jahr und 24 Stunden pro Tag besetzt ist, verbleibt. Wir als Stadt werden sicher Hand bieten, wenn es um die Frage der Liegenschaft geht. Auch beruhigt bin ich, dass sich

der Kanton offen dazu bekennt, das Klosterareal nach dem Auszug vom Gefängnis, Polizei, Staatsanwaltschaft und Strassenverkehrsamt zusammen mit der Stadt zu entwickeln. Das haben wir auch in den Folien des Baudirektors gesehen. Der Einbezug der städtischen Fachstellen ist uns sehr wichtig. Persönlich fände ich es natürlich auch schön, wenn der Kanton das Land nicht verkauft, respektive dafür sorgt, dass es in der Hand der Öffentlichkeit bleibt. Ein Verkauf an so prominenter Lage in der Altstadt wäre beim städtischen Souverän jedenfalls nicht mehrheitsfähig. Es war ein weiser Entscheid, dies von der Vorlage Sicherheitszentrum zu trennen. Denn es hätte deren Hauptanliegen gefährdet. Ich warne Sie davor, als Laien die Kosten, die professionell errechnet worden sind, zu reduzieren. Es gibt keine konkreten Hinweise, dass zu viel Speck am Knochen ist. Das hätte man im Übrigen in der Kommission vorbringen und dort vertiefter prüfen müssen. Zum Schluss noch zum Thema Schwerverkehrszentrum: Aus städtischer Sicht gäbe es attraktivere Nutzungen für die letzten Reste unseres Industrielands im Herblingertal. Vor allem solche, die mehr Arbeitsplätze und Wertschöpfung bringen könnten. Aber da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Lassen Sie uns diese Vorlage mit einem klaren Votum zu Handen der Stimmberechtigten verabschieden, damit wir die unhaltbaren Zustände im Klostersviertel bald mit einem modernen Sicherheitszentrum beenden und das Areal für eine neue, möglichst positive Entwicklung im Herzen der Altstadt freispielen können.

**Samuel Erb (SVP):** Ich stelle einen Kürzungsantrag und halte klar fest, dass ich für das Sicherheitszentrum bin. Ich sehe die Notwendigkeit für diesen Bau. Allen voran für die Polizei, die in sehr ärmlichen Verhältnissen in der heutigen Zeit arbeiten muss. Was mir dennoch sauer aufstösst, ist der hohe Preis von diesem Sicherheitszentrum. Allen voran der Bürotrakt als Luxusbau. Ich zweifle nicht an den Berechnungen. Aber ich halte klar fest, dass wenn dieses Projekt durch einen privaten Unternehmer hergestellt würde, käme es um mehrere Millionen günstiger. Ich stelle den Kürzungsantrag für den Kredit des PSZ um fünf Mio. Franken, auf 88'350'000 Franken, um der Bevölkerung zu zeigen, dass wir von der SVP gewillt sind, diesem notwendigen Projekt bei der Volksabstimmung zum Durchbruch zu verhelfen. Ich bitte Sie diesen Antrag zu unterstützen.

**Kantonsratspräsident Walter Hotz (SVP):** Sie müssen erstens einen Antrag schriftlich abgeben und zweitens bitte ich Sie, den Antrag zu stellen, wenn wir über den Kredit beschliessen. Sie können ihn somit bis dahin schriftlich einreichen. Der nächste Sprecher ist Arnold Isliker.

**Arnold Isliker** (SVP): Ich präzisiere: Erstens bin ich nicht mehr Transportunternehmer, sondern pensioniert. Und ich bin angestellt bei der Firma Giezendanner AG, das ist mein Nachfolger. Zu den Äusserungen von Regierungsrat Martin Kessler wegen den Intervallen von den LKW-Prüfungen kann ich sagen, dass das schon so stimmt. Aber leider ist die EU wieder unsere Geisel, die uns vorschreibt, was wir zu tun haben und zu tun hätten. Richtigerweise wurde in der Eidgenossenschaft beschlossen, dass die Nutzfahrzeuge neueren Datums nur noch alle zwei Jahre vorgeführt werden müssen. Aber wenn wir nur schon durch Jestetten und Lotstetten nach Zürich fahren und wir in eine EU-Kontrolle kommen durch die deutschen Behörden, wir eine Zulassung von Zweijahresintervallen haben, werden wir gebüsst und zurückgewiesen. Das Fahrzeug wird beschlagnahmt bis zur Instandstellung und bis die MFK gebührend erledigt ist. Deswegen wollen wir als Unternehmer den jährlichen Intervall beibehalten. Diejenigen, die in der Randregion und in der Zentralschweiz wohnen, können den Zweijahresintervall und -turnus benützen.

**Markus Müller** (SVP): Wir sagten heute Morgen, dass die Zusammenarbeit wieder besser und fairer werden müsse. Mich hat die Aussage von Regierungsrat Martin Kessler gestört, es sei schräg, was wir sagen und die Klettgauer könnten nach Herblingen fahren, weil sie auch nach Singen fahren würden, zum Einkaufstourismus. Das finde ich nicht unbedingt eine konstruktive Zusammenarbeit. Ich bin mittlerweile zur Ansicht gelangt, dass man eigentlich den zweiten Teil zurückweisen müsste. Auch wenn dies unserem Fraktionschef nicht passt. Den Antrag werden wir allenfalls stellen. Schriftlich wenn es nötig ist. Denn es eilt nicht so sehr. Es ist prioritär, dass wir heute, wie der Stadtpräsident gesagt hat, das Sicherheitszentrum durchbringen. Das pressiert. Das ist schlussendlich auch viel schneller gebaut. Aber im Moment sind sehr viele Sachen im Fluss. Wir haben das Zivilschutzzentrum. Es galt als sicher, dass es nach Beringen kommen wird, mittlerweile ist das mehr als unsicher. Das nehme ich nun einmal an. Das gibt neue Überlegungen. Man muss schauen, was wo ist und was wo bleibt. Regierungsrat Martin Kessler, es stimmt nicht ganz, was Sie sagen. Das versuchte ich auch in einer Kolumne im Klettgauer letzten Samstag zu erklären. Man darf nicht nur die obersten Chefs fragen. Sie sind immer begeistert für Neues. Das ist mir klar und das wäre ich auch. Aber man muss auch etwas weiter unten fragen. Beringen ist sehr flexibel. Man kann dort sehr gut tauschen. Die Garagisten sind happy damit. Sie können untereinander Termine tauschen, das funktioniert. Beringen ist auch auf dem Papier wahrscheinlich schon ausgelastet. Das ist man relativ schnell, aber es gibt schon noch Löcher, man bekommt problemlos einen Termin. Das ist auch super so. Ich denke, die Vorlage ist noch nicht ganz reif. Es würde

der Sache dienen, das noch einmal anzuschauen. Der Stadtpräsident hat vorhin gesagt, dass das Land in Herblingen für hochwertige Industrie, für Hightech-Industrie sei. Dazu zähle ich die Polizei auch. Vielleicht nicht das Gefängnis und die Prüfhallen. Die kann man irgendwo bauen. Vor allem gibt es bestehende Prüfhallen, die topmodern ausgerüstet sind. Wir können die Zukunft nicht voraussagen. Aber was wir sicher sagen können, ist, dass die Intensität und die Prüfzeit noch weiter abnehmen werden. Bei einem gut unterhaltenen Fahrzeug dauert das heute etwa sieben Minuten. Das wird sich noch weiter entwickeln. Auch bei den Lastwagen wird heute das meiste elektronisch ausgelesen. Das müssen wir auch in Betracht ziehen. Ich denke somit, die Vorlage zum PSZ ist entscheidungsreif. Das andere wahrscheinlich noch nicht.

**Regierungsrat Martin Kessler:** Markus Müller hat gesagt, wir wüssten nicht, was mit den Fahrzeugen passiere. Sie vermuten, dass das Kontrollintervall herunterkommt und noch kürzer wird. Sie gehen davon aus, dass beispielsweise durch die Elektrifizierung der Automobile die Prüfung nicht mehr so lange dauert. Die Zuverlässigkeit der Bremsen des Fahrgestells muss immer geprüft werden, auch wenn das Auto kein Verbrennungsmotor hat. Diese Zustände des Fahrzeuges, die heute schon geprüft werden, ändern sich auch nicht, wie auch immer das Fahrzeug angetrieben ist. Darum wissen wir, dass die weitere Zunahme der immatrikulierten Fahrzeuge unsere Kapazitäten früher oder später sprengen wird.

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft. Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

### **Detailberatung**

**Katrin Bernath (GLP):** Ich war selber nicht in der Kommission, aber ich nehme an, dass das Thema der Kürzung des Kredits diskutiert wurde, wo dieser gekürzt werden soll. Wenn das aber nicht gemacht wurde und nur gesagt wird, es solle weniger kosten und nicht definiert wird, was dafür weniger bereitgestellt werden soll, dann warne ich davor, das zu machen. Wir machen die Erfahrung, dass das einem in einem Bauprojekt einholt, wenn das Raumprogramm nicht angepasst oder definiert wird, was eingespart werden kann. Deshalb bitte ich Sie, das nicht zu machen. Wenn, dann müsste definiert werden, wo etwas eingespart werden kann.

**1. Vizepräsident Andreas Frei (SP):** Ich spreche zum Antrag Samuel Erb, auch als Mitglied der Kommission. Ich warne Sie davor, diesen Kürzungs-

antrag zu unterstützen. Dies mit den gleichen Argumenten wie Katrin Bernath. Ich zeige Ihnen den Stand der Planung, damit Sie einen Eindruck bekommen. Jeder Raum und jede Fläche ist definiert, genauso wie der Ausbaustandard definiert ist. Dies nach den Vorschriften. Beim Gefängnis ist es natürlich mehr als beispielsweise im Verwaltungstrakt. Wir konnten das in einer Begehung im Sicherheitszentrum in Zug anschaulich sehen. Wir haben intensiv über den Ausbaustandard diskutiert und beraten und haben ihn grundsätzlich in Ordnung gehalten. Wir wissen, was wir bauen. Der Preis hat noch viele verschiedene Faktoren zu überspringen, die wir im Moment noch gar nicht kennen. Die Ausschreibung, die Submission, wird Grössenordnung in etwa eineinhalb, zwei Jahren, vielleicht schon etwas früher gemacht. Wenn man die Wirtschaftslage betrachtet, wie sie dann in der Baubranche sein wird, ist die Streuung von diesen rund fünf Mio. Franken durchaus denkbar in der Vergabe der Aufträge. Ist die Konjunktur angeheizt, wird es sehr schwierig sein, das, was wir bestellen, für diesen Preis zu machen. Ist die Konjunkturlage äusserst schwierig für das Baugewerbe, ist es durchaus denkbar, dass man diese fünf Mio. Franken durch die Submission einsparen kann. Es ist meines Erachtens ein nicht zielführender Antrag und ich mache Ihnen beliebt, diesen abzulehnen.

**Patrick Strasser (SP):** Samuel Erb möchte den Betrag kürzen, mit der Begründung, dass wenn ein Privater ein solch grosses Bauvorhaben machen würde, das dann sicher günstiger kommen würde. Samuel Erb, da haben Sie Recht. Das ist tatsächlich so. Aber wieso? Wir müssen uns nach der interkantonalen Vereinbarung im öffentlichen Beschaffungswesen richten, wenn wir eine Submission machen. In dieser Grössenordnung darf der Kanton keine Abgebotsrunden machen. Das im Gegensatz zu den Privaten. Welche Folgen hat das? In der Bauwirtschaft herrscht ein grosser Konkurrenzdruck, ein starker Wettbewerb. Wenn Private bauen, dann nützen Sie das aus, bis zum Geht-nicht-mehr. Dort heisst das, dass sie nach wie vor Angebotsrunde und Abgebotsrunde nach Abgebotsrunde gemacht wird, bis der Preis so tief ist, wie es der private Bauherr denkt, er könne es sich so noch leisten. Genau das können wir beim Staat nicht machen. Die betroffenen Firmen müssen irgendwo wieder das Ganze reinholen, was sie auf dem privaten Markt verloren haben. Entsprechend höher sind darum auch die Preise, sobald der Staat etwas machen will. Dieser Effekt ist schon seit Jahren und Jahrzehnten bekannt. Sobald die öffentliche Hand etwas baut und weil ihr die Hände gebunden sind. In einem gewissen Rahmen ist es teurer, als wenn Private bauen. Ich finde das persönlich nicht gut, ich wäre froh, könnte der Staat ebenso hart verhandeln, wie es Private können. Da bin ich auf Ihrer Seite, Samuel Erb. Aber leider ist es nicht so und darum soll der Betrag so bleiben.

**Richard Bühler (SP):** Ich bitte Sie dringend, diesen Antrag für die Reduzierung der Baukosten abzulehnen. Dies ist wieder ein Schnellschuss, der sich im Nachhinein wahrscheinlich ins Gegenteil umkehrt. Wir machten die Erfahrung beispielsweise beim Altersheim Thayngen. Da hat man es auch so gemacht. Der Kostenvoranschlag wurde um fünf Mio. Franken reduziert. Man kann einige Sachen weglassen. Am Schluss werden die Sachen aber trotzdem gemacht, weil sie sinnvoll sind. Lassen Sie deshalb unbedingt den Kredit so, wie er ist. Auf Seite 18 der Vorlage steht, der Baukostenindex sei 1. April 2016 und die Baukosten sind mit plus-minus 15 Prozent genau berechnet. Die Spannweite ist gegeben. Darum stimmen wir über den Kredit ab. Aber ob schlussendlich die Summe des vollendeten Bauwerks so ist, das können wir jetzt nicht sagen. Diejenigen, die das ausgerechnet haben, haben sicher nach den heutigen Massstäben die Bau-summe richtig berechnet.

**2. Vizepräsident Lorenz Laich (FDP):** Ich habe in der Fraktion dieselbe Frage nach den Kosten gestellt, wie sich das präsentiert. Unser Fraktions-sprecher hat sich in seinem Votum unserer Fraktion darüber auch geäu-sert. Es wird nicht ein Luxusobjekt gebaut, sondern es wurde in einem ver-nünftigen Rahmen geplant und die entsprechenden Bauvorhaben werden in dieser Art und Weise entsprechend ausgestattet. Wir müssen uns be-wusst sein, wenn wir einen Kredit sprechen, dann verstehe ich darunter, dass wir der Regierung ein Kostendach geben, bis zu dem sie entspre-chend agieren kann. Sie hat die Kompetenz, diese Kosten für diesen Bau, für dieses Projekt auszuschöpfen. Aber das muss nicht heissen, dass schlussendlich jeder Heller und Pfennig auch ausgegeben wird. Wenn ich an Stelle der Regierung wäre, insbesondere auch im Bereich der Finan-zen, dann würde ich ein Controlling einführen und darauf abstellen, dass diese Kostenkontrolle sehr eng bei diesem doch sehr grossen Volumen gesetzt ist und dass diese Kosten sehr eng verfolgt werden. Ich bin davon überzeugt, im Rahmen der weiteren Projektplanungen. Ich meine, man kann jetzt noch nicht in die letzten Details die Kosten planen. Aber dass mit Weiterführung der Projektplanung auch die Granularität der Kosten mehr zum Tragen kommt. Nicht zuletzt ist der Staat auch ein Auftraggeber, bei dem jeder Handwerker weiss, dass er seinen Franken und Rappen ter-mingerecht bekommt. Er muss dem Geld nicht nachrennen. Das ist auch für die Handwerker wichtig. Demzufolge hat man bei der Aushandlung der Kosten einen guten Trumpf in den Händen. Ich bin davon überzeugt, dass die Projektverantwortlichen es schaffen werden, diesen Kostenrahmen, den wir definieren, nicht überschreiten werden. Sonst würde es einen Nachtragskredit geben. Aber ich denke auch, es ist nicht zielführend, die-

sen Kürzungsantrag anzunehmen. Meines Erachtens erscheint mir das etwas aus der Hüfte geschossen. Uns steht es zu, im Verlaufe des Projekts von der Regierung Auskunft über den Stand der Kosten zu verlangen. Das ist übrigens in der Privatwirtschaft auch der Fall in grösseren Projekten. Wir können so vorgehen und dann bin ich überzeugt, werden die Kosten im Griff gehalten werden können.

**Pentti Aellig** (SVP): Zum Antrag meines sehr geschätzten Parteifreundes Samuel Erb habe ich einerseits den Hinweis, dass es um ein sehr seriös berechnetes Projekt geht. Meine Frage ist an Sie, Samuel Erb: Haben Sie diese exakte Kostenberechnung bei jedem Kostenpunkt angesehen? Ich finde das sehr seriös gemacht. Es geht um eine öffentliche Ausschreibung. Es geht nicht um einen Kulturauftrag zuhanden *Stagework*. Das ist wirklich seriös. Deshalb bitte ich alle meine Ratskollegen, den Antrag abzulehnen.

**Jürg Tanner** (SP): Das Votum von Lorenz Laich hat mich doch noch dazu gebracht, etwas zu sagen. Ich erinnere mich, Lorenz Laich, es waren Sie, der in diesem Rat anlässlich der Budgetdebatte einmal einen Kürzungsantrag von pauschal fünf Mio. Franken gestellt hat, mit der saloppen Begründung, der Staat kann das schon irgendwo sparen. Das ist ja kein Problem. Insofern habe ich eine gewisse Sympathie für den Antrag von Samuel Erb. Jetzt machen wir es auch einmal beim Gewerbe genauso. Dann muss man einfach billiger arbeiten, Entschuldigung. Das Projekt wird für einen bestimmten Betrag ausgeschrieben, mehr kann nicht geboten werden. Sind wir einmal ehrlich: Im Gegensatz zum Staatsvoranschlag haben wir zwar mehr als eine Grobschätzung, aber es ist noch kein Kostenvoranschlag. Es ist eine Abweichung von plus-minus 15 Prozent. Ich habe die Unterlagen nicht studiert, weil ich nicht in der Kommission bin. Ich weiss nicht, von was für einem Kubikmeter Preis man ausgegangen ist. Ich kann es nicht einschätzen. Aber es sind knappe fünf Prozent. Beim Bau kann man immer fünf Prozent sparen. Das sage ich jetzt nicht aus reiner Freude, sondern das ist das, was ich in meinem Beruf als Anwalt höre. Dies zum Teil von Grosinvestoren. Die Frage ist, auf wessen Kosten das geht. Ist es die Firma? Sind es die Arbeitnehmer, die da davon betroffen sind? Ich finde die Diskussion interessant. Ich werde dem Antrag nicht zustimmen, Samuel Erb, aber die Diskussion, wie sie jetzt verläuft, erscheint mir ein bisschen symptomatisch. Ich erinnere Sie dann daran, wenn wieder solche Pauschalkürzungsanträge sonst beim Staat kommen. Dann hoffe ich auf das gleiche bürgerliche Verständnis für die Baukosten, wie beispielsweise beim Staatspersonal.

**Samuel Erb (SVP):** Ich äussere mich zu diesen Vorwürfen, die mir zum Teil gemacht wurden. Ich bin schon lange in diesem Metier und Sie müssen genau wissen, was Sie machen, wenn die Vorlage vom Volk abgelehnt wird: Was war seinerzeit in der Breitenau, wo man den Preis um so viele Mio. Franken kürzen musste, damit überhaupt gebaut wurde. Da wird uns nichts Anderes übrigbleiben, als dasselbe zu tun. Wenn wir der Bevölkerung zeigen, dass wir im Kantonsrat gewillt sind, etwas dazu beizutragen, dass das Projekt durchkommt, dann bitte ich Sie, stimmen Sie diesem Antrag zu. Sonst genügt ein Leserbrief in den Schaffhauser Nachrichten und das Projekt ist gestorben.

**Christian Heydecker (FDP):** Ich sage etwas zum Votum von Jürg Tanner. Da haben Sie Äpfel mit Birnen verglichen. Beim Kürzungsantrag von Lorenz Laich war es so, dass der Regierungsrat gebunden ist. Er bekommt eine bestimmte Menge Geld und kann selber entscheiden, was er damit macht. Hier ist es nicht so, dass wir einen GU-Auftrag ausschreiben und sagen, wer uns das für 93 Mio. Franken baut. Da werden einzelne Arbeitsgattungen ausgeschrieben. Dann offerieren die Unternehmer den Preis, den sie brauchen. Ob das dann dem entspricht, was wir kalkuliert haben, ist eine andere Frage. Aber es ist nicht so, dass wir den Unternehmern sagen, was es kostet und was nicht. Sie sagen uns, was es kostet und dann werden wir sehen, ob wir im Kostenvoranschlag liegen. Das Beispiel mit der Pauschalkürzung anlässlich der Budgetdebatte kann nicht mit dem Kürzungsantrag von Samuel Erb verglichen werden. Wenn man sagt, diese 93 Mio. Franken seien zu hoch, wir wollen nur für 89 Mio. Franken bauen, dann müsste man konkret sagen, wo man gewisse Abstriche machen soll. Ob die Betonwände zwei Zentimeter dünner baut oder ob wir die Dämmung etwas weniger gut machen. Dann müsste man das so machen, weil sonst kommt es wirklich so heraus, wie Richard Bühler gesagt hat. Dann beschliesst man irgendeinen Kreditbetrag und man streicht gewisse Arbeiten heraus. Im Zuge der Baurealisierung werden sie dann trotzdem gemacht, weil sie nötig sind. Dann führt das am Schluss zu einer unschönen Kostenüberschreitung. Das wollen wir ja auch nicht.

**Regierungsrat Ernst Landolt:** Es wird Sie nicht überraschen, dass ich Ihnen beliebt machen möchte, den Antrag von Samuel Erb abzulehnen. Ich kann Ihnen versichern, das wurde sehr seriös kalkuliert. Das wurde auch in der Kommission sehr kritisch hinterfragt, was ich sehr gut fand. Wir haben sogar aufgrund eines Antrags eines Kommissionsmitgliedes einen Vergleich gemacht, mit einem privaten Projekt mit bauähnlicher Grösse. Ich versichere Ihnen, wenn wir etwas hätten weglassen können bei diesem Projekt, dann hätten wir es ganz bestimmt gemacht. Ich bin froh, dass in

dieser Kommission auch bausachverständige Leute waren. Wir haben vorhin Andreas Frei gehört. Man kann sagen, dass er wirklich viel von solchen Fragen versteht. Ich erinnere Sie auch daran, wo die Grundlage für diese Kreditvorlage, die wir heute diskutieren, ist. Wir hatten einen Auftrag des Kantonsrats im Zuge der Orientierungsvorlage. Wir hatten damals schon mit diesen Zahlen operiert. Aufgrund dieser Basis haben Sie uns einen erteilt, die Kreditvorlage aufzuarbeiten und vorzulegen. Es ist zudem selbstverständlich, dass bei diesem grossen Projekt die Kostenkontrolle sehr wichtig sein wird. Es ist ganz klar, dass man permanent darauf achten muss, wie sich die Kosten entwickeln. Man muss auch darauf achten, dass sie nicht aus dem Ruder laufen. Worüber wir heute befinden, ist der Kreditantrag von 93.35 Mio. Franken. Es wurden zwei, drei Mal diese plus-minus 15 Prozent ins Feld geführt. Das wissen Sie so gut wie ich, dass wir nicht über plus-minus 15 Prozent von diesem Kredit sprechen, sondern dieser Kredit ist das Kostendach. Es sind somit nicht 93.35 Mio. Franken plus allenfalls 15 Prozent, sondern das ist der Betrag, den wir dem Volk vorlegen. Dieser ist abschliessend. Im Übrigen, wenn man näher hinschaut, dann sehen Sie, dass darin bereits der Landanteil enthalten ist. Wenn man auch noch den Bundesbeitrag in Abzug nehmen würde, dann würde der Betrag automatisch tiefer ausfallen. Ich verstehe es, je tiefer der Betrag, desto eher hat man die Chance, dass es akzeptiert wird. Ich bin froh über die Voten, die gemacht worden sind. Es wurde sehr seriös berechnet. Von daher gesehen bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie bei dieser Zahl bleiben.

**Kantonsratspräsident Walter Hotz (SVP):** In einer effizienten Ratssitzung bitte ich die weiteren Redner neue Erkenntnisse zu bringen, allenfalls können wir bald zur Abstimmung kommen. Das Wort hat Andreas Gnädinger.

**Andreas Gnädinger (SVP):** Ich versuche, neue Erkenntnisse zu bringen. Zuerst aber eine Klärungsfrage: Wir haben von der Regierung gehört, es handle sich bei den 93 Mio. Franken um ein Kostendach. Ist das wirklich so? Es heisst doch plus-minus 15 Prozent. Somit könnte es 15 Prozent höher sein. Ich bitte Sie, das noch einmal zu erklären. Dann noch zu den fünf Prozent: Samuel Erb hat den Antrag gestellt, ungefähr fünf Prozent zu kürzen. Sie sehen unter Punkt fünf bei den Baukosten, dass wir eine Reserve von zehn Prozent eingerechnet haben. Wenn man die ungefähr fünf Prozent von Samuel Erb abzieht, haben wir noch ungefähr eine Reserve von fünf Prozent. Jetzt mögen Sie sagen, dass die fünf Prozent sicher zu wenig sind. Wenn Sie aber beim Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt schauen, haben wir eine Reserve von fünf Prozent hinterlegt. Also müsste

auch hier eine Reserve von fünf Prozent ausreichen. Der Antrag von Samuel Erb macht durchaus Sinn. Man misst mit gleichen Ellen und ich denke, das ist wirklich angebracht.

**Kommissionspräsident Werner Bächtold (SP):** Wir haben uns in der Kommission äusserst intensiv und sehr vertieft über die Zahlen unterhalten. Wir haben genau diese Fragen, ob das nicht auch etwas günstiger gehen könnte, auch gestellt. Wir haben aber nicht von einem Luxusbau gesprochen. Es ist Zweckbau für unsere Polizei, Samuel Erb. Wir liessen uns von den Fachleuten und von den schriftlich vorliegenden Expertisen überzeugen, dass diese Kosten, die vielleicht im Unterschied zu früheren Zeiten, äusserst seriös und präzise berechnet wurden. Andreas Frei hat vorhin das Dossier kurz gezeigt. Wir haben Quadratmeterzahlen von jedem Raum in diesem Verwaltungsteil und im Gefängnis. Da sind Quadratmeterkosten dahinter und die sind äusserst seriös. Man darf jetzt nicht denken, dass man den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern eine Freude macht, wenn willkürlich einige Mio. Franken weggestrichen werden. Das funktioniert so leider nicht. Der Leserbrief, Samuel Erb, der kommt auch, wenn dieses Haus nur 80 Mio. Franken kostet. Aber mit einem sinnvollen und überzeugenden Abstimmungskampf wird man diese 93 Mio. Franken durchbringen. Denn wir wollen endlich unserer Polizei anständige Arbeitsplätze und keine *Low cost*-Arbeitsplätze bieten. Zu den Zahlen: Die Zusammenstellung der Zahlen auf Seite 18 hat vorher bei einem Teil der freisinnigen Fraktion etwas Verwirrung ausgelöst. Das ist die Tabelle im oberen Teil zum PSZ. Da sind Kosten von 90.95 Mio. Franken ausgewiesen, plus der Landanteil von 2.4 Mio. Franken. Dies ergibt ein Total von 93.35 Mio. Franken, worüber wir heute zu befinden haben. Die 2.5 Mio. Franken Beitrag des Bundesamtes für Justiz an das Gefängnis sind in Aussicht gestellt. Die werden in der Schlussabrechnung subtrahiert. Es ist aber üblich, dass man bei einem Kreditantrag immer von den Bruttokosten spricht. Zum Kostendach, das Andreas Gnädinger erwähnt hat: Wir sprechen über Anhang 1 und von 93.35 Mio. Franken. Davon geht dieser Bundesbeitrag noch weg. Das ist das Kostendach und das ist nicht plus-minus 15 Prozent. Das ist das Kostendach und wenn es billiger wird, ist niemand unglücklich. Das haben wir in der Kommission auch festgehalten, es steht im Protokoll. Möglicherweise wird es günstiger, je nachdem, wie die Konjunktur läuft. Wir sind natürlich glücklich, wenn wir es günstiger haben können. Aber ich möchte nicht derjenige sein, der jetzt der Polizei ein *Low cost*-Gebäude auf das Auge drückt. Seriös wäre einzig und allein das, was Katrin Bernath vorgeschlagen hat: Wir reduzieren das Raumprogramm um einen entsprechenden Teil. Ungefähr fünf Prozent der Räume müssen weg, sonst geht

es nicht. Davor warne ich aber sehr dringend. Wir haben das in Zug gesehen. Dieses Haus ist zehn Jahre alt und bereits zu klein. Sie können es nicht aufstocken, sie müssen sich bereits wieder überlegen, was allenfalls ausgelagert wird. Dann sind sie schon wieder an verschiedenen Standorten. Das möchte ich nicht verantworten. Im Namen der Kommission bitte ich Sie, bei diesem Kreditantrag zu bleiben und diesen 93.35 Mio. Franken zuzustimmen. Dies im Wissen, dass es um ein Kostendach geht.

**Regierungsrat Ernst Landolt:** Wir sprechen von diesen 93.35 Mio. Franken. Es darf nicht mehr kosten. Wenn es doch mehr kosten würde, dann würde das bedeuten, dass wir mit Nachtragskrediten arbeiten müssten. Das wollen wir nicht. Deshalb ist es gut, wenn Sie diesem Antrag so beipflichten können.

**Kantonsratspräsident Walter Hotz (SVP):** Somit hat sich die Rednerliste erschöpft. Wir haben einen Antrag von Samuel Erb. Wir stimmen als erstes über den Antrag der Regierungsratsvorlage ab, beziehungsweise der Kommission über einen Kredit von 93.35 Mio. Franken. Wer diesem Antrag zustimmen will, erhebe sich.

### **Abstimmung**

**Der Antrag von Samuel Erb wird mit 44 zu 13 Stimmen abgelehnt.**

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft.

### **Schlussabstimmung**

**Mit 46 : 5 wird dem Kreditbeschluss betreffend Bau eines Polizei- und Sicherheitszentrums zugestimmt. – Das Geschäft ist zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.**

\*

### **Detailberatung**

**Beschluss betreffend Kredit für einen Neubau für das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt**

**Erich Schudel (JSVP):** Ich stelle Ihnen einen Rückweisungsantrag zum Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt an die Regierung. Ziel davon ist,

eine Standortüberprüfung nochmals zu evaluieren. Zu prüfen ist ein Standort in Beringen. In Schaffhausen, im Solenberg, am jetzigen Ort haben wir wertvolles Gewerbeland, das wir opfern für diese Baute des Kantons. Das Gewerbeland ist heute schon knapp. Es gibt im Gegensatz zum Polizei- und Sicherheitszentrum keine explizite Dringlichkeit für diesen Bau. Weiter, es gibt keine Zusage bislang vom Bund, wo in Zukunft das Schwerverkehrszentrum hinkommt. Der Bund entscheidet selbständig. Dann ist es mir ein grosses Anliegen, dass generell eine bessere Verteilung der kantonalen Institutionen geprüft wird, statt immer nur zuerst eine Zentralisierung. Wir haben auch beim Ausbildungszentrum Zivilschutz noch grosse Diskussionen vor uns, wo der Standort letztendlich hinkommt. Eine ernsthafte Überprüfung beim Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt wäre eine sinnvolle Sache und es gäbe sicherlich Alternativen.

**Urs Capaul (ÖBS):** Das, was vorhin ausgeführt wurde, habe ich schon in der Kommission gesagt. Man soll auch Alternativen evaluieren. Dies nicht zuletzt wegen den letzten Industrielandreserven, die wir in der Stadt Schaffhausen in Herblingen haben. Ich bin sehr klar unterlegen, aber wir haben in der Fraktion abgemacht, dass wir so einen Antrag unterstützen.

**Regula Widmer (GLP):** Bereits am 4. Dezember hat Regierungsrat Martin Kessler angedeutet, dass der Standort im Solenberg nicht der optimalste sein könnte. Daher haben wir Sympathien für den Antrag. Insbesondere, dass mit einer zeitlichen Schiene der Regierungsrat innerhalb von rund einem Jahr eine neue Vorlage bringen könnte. Somit wäre gewährleistet, dass das Klosterareal innerhalb nützlicher Frist in seiner vollen Grösse entwickelt werden könnte. Daher bitte ich Sie, den Antrag zu unterstützen.

**Regierungsrat Martin Kessler:** Ich bitte Sie, diesen Rückweisungsantrag von Erich Schudel abzulehnen. Ich habe Ihnen vorhin ausgeführt, dass wir, sobald die Volksabstimmung positiv angenommen wurde, mit der Planung und der Erarbeitung des Rahmenplans für die Nachnutzung des Klosterareals beginnen wollen. Damit das sinnvoll und konsistent gemacht werden kann, müssen wir Gewissheit haben, dass das Areal schlussendlich komplett neugestaltet werden kann. Das braucht den Auszug des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamtes zwingend. Jetzt kommt das Argument vom wertvollen Gewerbe- und Industrieland auf, das im Herblingertal für das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt genutzt werden soll. Das ist ein sehr wichtiges Argument und eine wichtige Überlegung. Aber wir gehen mit dem Boden und dem Areal, insbesondere mit dem Industrieland sorgfältig und wohlüberlegt um. Der Standort im Herblingertal ist mit dem Autobahnanschluss von der Anbindung her sehr gut geeignet. Das war auch

die Argumentation, dass auch das Schwerverkehrskontrollzentrum, falls der Bund mitmacht, auch dort hinkommen soll. Es funktioniert nicht, das Schwerverkehrskontrollzentrum in den Klettgau zu bringen. Denn da wäre die Anbindung zu schlecht und zu weit weg. Über das Schwerverkehrskontrollzentrum kann man noch diskutieren. Nachdem der Bund uns gesagt hat, sie wollen keine Synergien nutzen und da eine *Stand-alone*-Lösung wollen, werden wir allenfalls einen neuen und besser geeigneten Standort im Schweizersbild suchen. Das ist die Diskussion. Der Standort für das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt ist für mich aber momentan unbestritten. Es soll im Solenberg gebaut werden, so wie sie es zur Abstimmung vorliegen haben. Und zur Frage Beringen: Beringen ist ein Entwicklungsschwerpunkt, genauso wie Schaffhausen. Das Strassenverkehrsamt auf Industrieland nach Beringen zu bringen, das braucht genauso Industrie- und Gewerbeland, worüber wir nicht mehr in rauen Mengen verfügen. Es beisst sich auch mit dem Wunsch von Markus Müller, der den Standort Beringen erhalten will, weil dort schon wunderbare Anlagen bestehen. Sollen wir jetzt zehn Jahre lang die Anlagen von Markus Müller erhalten, in der bestehenden Mietlösung und nebenan in der grünen Wiese neu bauen? Das wäre irgendwie auch schwierig zu erklären. Ich bitte Sie, aus diesen Überlegungen heraus den Rückweisungsantrag von Erich Schudel abzulehnen.

**Arnold Isliker (SVP):** Betreffend dem Schwerverkehrskontrollzentrum bin ich der Meinung, dass der Fokus nicht daraufgelegt werden soll, wo das zukünftig seinen Platz haben soll. In der ganzen Schweiz sind die Schwerverkehrskontrollzentren direkt an den Ausfahrten von den Autobahnen Entweder Flüelen, Realta. Im Tessin wird ganz neu gebaut, auch in der Westschweiz. Der Bund hat einen Teil ausgeschieden. Bei der Ausfahrt Uhwiesen-Laufen ist Land für das Schwerverkehrskontrollzentrum ausgeschieden. Nur wegen dem blöden und schnöden Mammon sollten wir nicht uns darauf fokussieren, das Schwerverkehrskontrollzentrum im Kanton Schaffhausen zu behalten. Wir könnten eine Einigung treffen mit dem Kanton Zürich, dass wir die Hälfte von den Fahrzeugprüfern stellen würden und auch die Polizeiorgane. Das würde eine *Win-Win*-Situation geben, weil die Hälfte vom Geld bei uns im Kanton bleibt, die andere Hälfte geht an den Kanton Zürich. Wir sind nicht generell gegen einen Neubau von der Motorfahrzeug- und Schifffahrtsamt. Man sollte es aber noch einmal genau überprüfen, wo es positioniert sein soll. Betreffend dem Klosterviertel haben wir genügend Zeit, wenn wir sehen, wie lange es geht bis das PSZ gebaut wird. Wir hätten noch ein Jahr übrig. Dann kann man die Variante prüfen, wie das Klosterviertel in Zukunft aussehen soll.

**Hansueli Graf** (SVP Agro): Wir haben die Zeitachse gesehen. Geplant wäre, 2021 die das StVA in Betrieb zu nehmen, 2024 das PSZ. Diese drei Jahre haben wir zur Verfügung, man kann es zusammennehmen.

**Markus Müller** (SVP): Hansueli Graf und Regula Widmer haben gesagt, dass wir genau diese Zeitspanne haben. Wir sollten sie nutzen, denn Sie sehen an der langen Diskussion, dass das Geschäft nicht entscheidungsreif ist. Beim PSZ wird nur um über das Geld diskutiert. Fünf Mio. Franken weniger, fünf Mio. Franken mehr. Aber es wird nicht über das eigentliche Projekt gesprochen. Das zeigt doch, dass dieses mehr oder weniger unbestritten ist. Jetzt sollten wir das wichtige Projekt auch vor dem Volk durchbringen und es nicht belasten mit etwas, das sehr umstritten ist und Widerstand gibt. Es wird schwer sein, das Volk vom PSZ zu überzeugen. Viele sind davon überzeugt, dass es die Polizei braucht. Aber nicht alle sind davon überzeugt, dass es ein Gefängnis mit gutem Ausbaustandard braucht. Bei der Fahrzeugkontrolle ist es dasselbe. Es gibt viele Leute, denen ist es zuwider, dass sie ihr Fahrzeug so viele Male vorführen müssen. Sie sind somit aus Prinzip dagegen. Müssen wir das ganze Projekt mit etwas belasten, das wir vielleicht besser lösen könnten? Regierungsrat Martin Kessler brachte einen Widerspruch. Er hat gesagt, das Industrieland in Beringen sei auch wertvoll, es sei schade, die Fahrzeugkontrolle dort zu bauen. Das ist richtig. Aber ist es nicht schade, ein Trainingszentrum für Zivilschutz dorthin zu nehmen, wo es raucht und Lärm macht? Ich denke, das Ganze muss noch einmal gesamthaft angeschaut und diskutiert werden. Vielleicht sind wir dann in einem Jahr beschlussfähig. Das reicht auch noch.

**Christian Heydecker** (FDP): Ich denke, es ist gut, wenn jemand aus der Stadt dazu etwas sagt. Denn, Markus Müller, es sind zwei verschiedene Beschlüsse. Sie werden in der Volksabstimmung nicht miteinander verknüpft. Es kann sein, dass man einmal nein und einmal ja sagt, zwei Mal nein oder auch zwei Mal ja. Wir sollten die Vorlage des PSZ nicht mit diesem zweiten Projekt belasten. Das ist ein separates Projekt. Einen wesentlichen Vorteil des neuen PSZ sehe ich im Freispielen von wertvollen Flächen mitten in der Stadt. Das werden wir auch im Abstimmungskampf in den Vordergrund stellen. Denn es geht darum, die Stadt weiterzuentwickeln. Zwar kann man sagen, wir hätten keinen zeitlichen Druck beim StVA. Bezogen auf dieses Gebäude ist das richtig. Aber bezogen auf die Entwicklung des Klosterviertels stimmt es nicht, denn es gehört zusammen. Wenn das Projekt Neubau StVA auf der Zeitschiene nach hinten verschoben werden soll, dann führt das dazu, dass wir die Weiterentwicklung

und diesen Entwicklungsprozess bezüglich des Kloosterviertels nicht vernünftig in Gang setzen können. Denn ein wesentlicher Teil dieses Projekts betrifft genau jenen Standort, wo das heutige StVA ist. Wenn Sie somit bereit sind, das ganze Entwicklungsprojekt auf der Zeitachse nach hinten zu schieben, können Sie das schon machen. Aber ich will das nicht, weil die Entwicklung dieser wertvollen Flächen in der Stadt Schaffhausen sind zentral, auch beim Projektneubau des PSZ. Wenn wir der Bevölkerung nicht plausibel aufzeigen können, in welche Richtung es mit diesem Kloosterviertel geht, dann wird die Zurückhaltung für die Unterstützung des Neubaus des PSZ grösser sein, weil man nicht genau weiss, was mit dem Kloosterviertel passiert. Wenn man aber aufzeigen kann, dass unmittelbar nach der Volksabstimmung ein solcher Prozess für dieses Kloosterviertel gestartet wird, dann bin ich überzeugt, dass wir die Bevölkerung – vor allem die in der Stadt – dazu bringen, zum PSZ Ja zu sagen. Ich bitte Sie im Interesse der Weiterentwicklung des Kloosterviertels, das Projekt des Neubaus des StVAs auf der Zeitachse nicht nach hinten zu schieben, sondern dass wir das beschliessen, damit wir auch mit der entsprechenden Planung beim Kloosterviertel zügig vorwärts machen können.

**Kurt Zubler (SP):** Wir sind von diesem Antrag überrascht. Er kommt sehr spät. Ich würde es gerne so wie Christian Heydecker sehen. Aber wenn die zweite Vorlage viel stärker umstritten und belastet ist und allenfalls Schiffbruch erleidet, dann ist die Perspektive für das Klosterareal sehr viel verbauter. Solche verlorenen Abstimmungen sind sehr hohe Hürden und diese Providuriums-Geschichte richtet sich ein. Somit bin ich mir nicht sicher, ob diese Analyse stimmig ist. Zudem bin ich mir nicht sicher, ob die Stimmbevölkerung immer so klar differenziert. Wenn ein Teil bekämpft wird, ob das dann nicht auch den anderen Teil belastet. Ich bin mir etwas unschlüssig und würde gerne noch die Einschätzung des Kommissionspräsidenten hören. Aber so klar wie Sie, Christian Heydecker, das geschildert haben, sehe ich das in der Analyse nicht.

**Josef Würms (SVP):** Mit dem Galgenbucktunnel, der bald eröffnet wird, ist die Erreichbarkeit des Herblingertals auch für den Klettgau sehr einfach. Für die Geschäftsentwicklung im Herblingertal werden Überprüfungen gemacht, wer in Zukunft im Herblingertal einkaufen geht. Für den Klettgau kann es sehr attraktiv sein, dass die Leute nachher nach Herblingen gehen. Ich sehe diese positive Entwicklung auch mit der Fahrzeugkontrolle und dem Strassenverkehrsamt. Der Regierungsrat schlägt im Gesamtkonzept der Kloosterviertelentlastung mit dem neuen Polizeizentrum vor, dies zentral zu erledigen. Wir dürfen das nicht verhindern, diesen Weg müssen

wir gemeinsam gehen. Ich beantrage Ihnen, den Antrag von Erich Schudel abzulehnen.

**Andreas Gnädinger** (SVP): In Bezug auf den zeitlichen Aspekt stimmt das, was Christian Heydecker vorher erwähnt hat, nicht. Wenn Sie den Plan anschauen, dann sehen Sie beim StVA eine dreijährige Lücke, in dem das das neue Gebäude schon gebaut wäre und das in der Stadt würde leer stehen. Genau diese dreijährige Lücke müssen wir nutzen, um ein Projekt hinzukriegen, worüber wir uns einigen können oder das zumindest die Mehrheit in diesem Rat als gut befinden würde. Wenn das heute noch umstritten ist und wir nutzen diese zeitliche Lücke nicht, dann machen wir einen Fehler. Das wäre ein Schnellschuss. Wir haben keine zeitliche Dringlichkeit.

**Katrin Bernath** (GLP): Das Ziel ist, dass wir eine gute Lösung haben, sowohl für das PSZ, als auch für das StVA, damit wir das Klosterviertel frei bekommen. Wichtig ist, dass wir am Schluss eine Lösung haben, die auch politisch bei der Abstimmung eine Chance hat. Aus Sicht der Stadtverwaltung ist die Entwicklung des Klosterviertels sehr wichtig. Wenn wir das jetzt zurückweisen, dann müsste damit das *Commitment* verbunden sein, dass es nur noch um den Standort geht und nicht im Grundsatz und um die Frage, ob ein neues Gebäude errichtet werden soll. Das müsste eingeschränkt werden. Falls es zurückgewiesen wird, mache ich beliebt, dass der Prozess für die Entwicklung des Klosterviertels trotzdem startet. Ich habe eine Aufstellung gemacht. Wenn man diesen Prozess jetzt sofort startet, wird man in fünf Jahren wahrscheinlich noch nicht mit dem Bau beginnen. Wir haben den politischen Prozess mit zwei Vorlagen. Wir haben einen Entwicklungsprozess, hoffentlich mit einer Testplanung und nachher einen Rahmenplan. Es braucht Vorprojekte, Bauprojekte, Baubewilligungsverfahren und so weiter. Diese Prozesse dauern sehr lange. Das heisst, das darf nicht zurückgestellt werden. Auch wenn man zum Schluss kommen könnte, dass ein anderer Standort besser wäre. In Bezug auf den Standort gibt es verschiedene Argumente und es wurden schon verschiedene Aspekte genannt.

**Erich Schudel** (JSVP): Falls ich mich beim Rückweisungsantrag vorhin nicht klar ausgedrückt habe, dann mache ich es jetzt, Katrin Bernath. Wir stellen es selbstverständlich nicht in Frage, das StVA aus dem Klosterviertel herauszunehmen. Selbstverständlich sind wir dafür. Wir stellen aber einen Rückweisungsantrag wegen dem künftigen Standort des StVAs.

**Christian Heydecker** (FDP): Das nützt mir nichts, denn wir im Kantonsrat entscheiden nicht abschliessend. Wir brauchen eine Volksabstimmung. Erst wenn das Volk dem Neubau zugestimmt hat, können wir vernünftig mit der Planung beginnen. Das ist doch sonnenklar, dass wir nicht mit der Planung des Klostersviertels beginnen können und dann hoffen, dass das Volk Ja sagt, wenn die neue Volksabstimmung zum StVA durchgeführt wird. Was machen wir, wenn das Volk Nein sagt? Dann ist die ganze Planung für die Katz. Der Startmoment dieses Projektierungs- und Planungsprozesses setzt voraus, dass ein klarer Volksentscheid vorliegt. Dies für beide Projekte. Denn wir wollen mit beiden das Klostersviertel freispielen. Solange wir diesen Volksentscheid nicht haben, macht eine Planung keinen Sinn. Zum Votum von Andreas Gnädinger: Wenn Sie noch drei Jahre Luft sehen, dann stimmt das bezüglich des StVAs. Aber es stimmt nicht in Bezug auf die Gesamtplanung. Diese blockieren wir, bis wir diesen Volksentscheid haben. Deshalb, wenn wir das auseinandernehmen und zeitlich gestaffelt bearbeiten und vor das Volk bringen, führt das nur dazu, dass der Projektierungs- und Planungsprozess bezüglich des Klostersviertels verzögert wird.

**Rainer Schmidig** (EVP): Wir manövrieren uns wieder in eine Sackgasse, wie wir das schon oft in diesem Rat getan haben. Ich möchte einen Ausweg aufzeigen, aber dazu brauche ich den Regierungsrat. Dieser muss jetzt einmal Stellung beziehen und dann auch zu seinem Wort stehen. Ich bin der Meinung, dass wir diesen Beschluss heute fertig besprechen. In Antrag eins streichen wir aber den Ort am Standort Solenberg und beauftragen den Regierungsrat, uns innerhalb eines halben Jahres Bericht über eine Neuevaluation des Standortes zu erstatten. Vielleicht kommt er dann wieder zum selben Schluss. Aber dann ist dieser Schluss genau begründet. Oder er findet etwas Anderes. Aber dann haben wir die Abstimmung und dann können wir im Klostersviertel weiterfahren. Ich mache Ihnen beliebt, dass Sie meinem Antrag folgen.

**Regierungsrat Martin Kessler:** Rainer Schmidig ist mir zuvorgekommen. Er hat in seiner bekannt weisen Art den Königsweg aufgezeigt, den wir gehen sollten. Wir wollen nicht mit dem Kopf durch die Wand, sondern wir wollen eine möglichst grosse Einigkeit, auch aus dem Parlament heraus, bezüglich dieses Standorts. Über die gewissen Unwägbarkeiten, die im Raum stehen, kann man geteilter Meinung sein. Aber es gibt offensichtlich Diskussionsbedarf und ich bin gerne bereit, diese Diskussion zu führen. Ich hätte den Vorschlag gemacht, dass wir bei Absatz eins, so wie es Rainer Schmidig beantragt hat, den Standort Solenbergstrasse streichen. Der

Regierungsrat muss versprechen, innerhalb eines halben Jahres einen Bericht und Antrag über die Ergebnisse der Standortevaluation zu bringen. Ich mache Ihnen beliebt, dass Sie uns dafür ein Jahr Zeit geben. Denn das wesentliche Element ist, dass wir im Klosterareal mit der Planung beginnen können. Mit dieser Planung können wir sicher sein, dass die Polizei, die Staatsanwaltschaft, das Gefängnis und auch das Strassenverkehrsamt vom Klosterareal wegkommen. Dann haben wir die Möglichkeiten und wir werden Ihnen innerhalb eines Jahres nochmals Bericht erstatten, ob sich andere Erkenntnisse bezüglich des Standorts für das Strassenverkehrsamt ergeben haben.

**Arnold Isliker (SVP):** Wenn wir den Standort Solenbergstrasse streichen, können wir den Betrag von 11.95 Mio. Franken stehen lassen? Wir wissen nicht, ob sich bei einem anderen Standort neue Kosten ergeben. Das geht doch nicht. Wir sind nicht gegen die Verlegung des StVAs. Aber was ist mit dem Klosterviertel? Ich denke, in den Hinterköpfen der städtischen und kantonalen Behörden gibt es schon Visionen, was im Klosterviertel entstehen soll. Es sind öffentliche Bauten und ZöBAG-Abteilungen. In Anbetracht dessen, wie viele Geschäfte in der Stadt bereits leer stehen und wie viele noch leer stehen werden, weil sich die Einkäufe über die vielen Plattformen im Internet weiterentwickeln.

**Andreas Schnetzler (EDU):** Ich unterstütze das Projekt des Neubaus des PSZ. Ich schätze es so ein, dass es bei einer Volksabstimmung schwieriger wird, wenn wir beide Vorlagen miteinander bringen, als wenn sie getrennt zur Abstimmung gebracht werden. Meine Frage ist daher: Wenn der Antrag von Rainer Schmidig durchkommt, würde das bedeuten, dass diese zwei Vorlagen am gleichen Abstimmungssonntag zur Abstimmung kommen? Wenn dem so ist, werde ich seinem Antrag nicht zustimmen, sondern dem Antrag meines Kollegen aus Beggingen.

**Kommissionspräsident Werner Bächtold (SP):** Es wurde viel über das StVA gesagt. Ich denke, wir sollten den von Rainer Schmidig vorgeschlagenen und von Regierungsrat Martin Kessler präzisierten Königsweg gehen. Ich warne davor, diese Abstimmungen auseinanderzunehmen. Denn es gibt Argumente, die dafürsprechen. Aber die Salamtaktik ist ein starkes Argument, das dagegenspricht. Wir verlangen von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern dieses Jahr über 93 Mio. Franken für ein Gefängnis und ein Sicherheitszentrum. Nächstes Jahr kommen wir mit zwölf Mio. Franken. Dann fragen sich die Bürgerinnen und Bürger, warum wir die Projekte nicht zusammen vorgelegt haben, damit sie wissen, wie viel Geld wir in die

Hand nehmen. Ich denke, das ist kein guter Weg, wenn wir diesen Entscheid verschieben. Aus städtischer Sicht ist es vollkommen klar. Und wie Christian Heydecker auch gesagt hat, muss man beim Bund auch mit dem Planungsprozess beginnen können. Aber das ist erst dann möglich, wenn man wirklich weiss, was Sache ist und welcher Perimeter zur Verfügung steht. Ich möchte nicht, dass die Entwicklung des Klosterviertels verzögert wird. Wenn Visionen in den Köpfen der Regierung und des Stadtrats sind, Arnold Isliker, dann sind das Visionen. Aber die Entwicklung eines so grossen Gebiets braucht Zeit. Auch für die Fachleute. Visionen sind ein Teil davon, aber ein grosser Teil ist Knochenarbeit. Man muss etwas Hirnschmalz investieren, das ist sehr anspruchsvoll. Denn es ist nicht einfach nichts, sondern es handelt sich um viel Land. Ich bitte Sie somit, der Kommission in dieser Frage zu folgen und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

**Andreas Gnädinger (SVP):** Ich habe keine neuen Erkenntnisse, aber ich fasse das Essentielle zusammen. Erstens: Niemand aus unserer Fraktion ist dagegen, dass das Klosterviertel vollständig freigespielt wird. Dort kann geplant werden. Ich sehe auch keinen Grund, wieso das Klosterviertel nicht erst in zwei, drei Jahren freigespielt sein soll. Zweitens: Der Königsweg, der aufgezeigt worden ist, ist keiner. Wir können nicht über einen Kredit von 11.95 Mio. Franken abstimmen, wenn bei den Baukosten ein Landanteil von 3.2 Mio. Franken enthalten sind. Wenn ein anderer Standort zum Zuge kommt, ist es sicher ein anderer Betrag, als diese 3.2 Mio. Franken. Der einzige Weg, um sich etwas Luft zu verschaffen ist der Antrag meines Fraktionskollegen: Die Sache zurückweisen, mit einer neuen Vorlage kommen, sprich mit einem neuen Betrag und mit dem Standort, der dann gewählt wird. Dann können wir seriös entscheiden.

**Daniel Preisig (SVP):** Andreas Gnädinger ist mir jetzt zuvorgekommen, aber ich möchte nochmal betonen und noch mehr Argumente gegen diesen Königsweg aufbringen. Ich schätze die integrierende Art von Rainer Schmidig. Auch im Stadtparlament hilft er uns immer wieder. Aber wir müssen jetzt aufpassen, dass wir nicht im Übermut etwas Falsches machen. Es gibt zwei Gründe, die gegen diesen Weg sprechen. Der erste wurde von Andreas Gnädinger gesagt: Wir können nicht einfach dieses Gebäude an einem anderen Ort bauen und das Gefühl haben, es kostet gleich viel. Ebenso ist in diesem Kredit ein Landanteil enthalten und es stellt sich die Frage, wie viel das Land an einem anderen Ort kostet. Braucht es noch Zufahrten, braucht es Foundationen, die anders sind und vieles mehr. Die Kosten werden anders sein und es ist unseriös, wenn wir einen Kredit be-

schliessen, mit einem unbekanntem Anteil. Zweitens ist es politisch notwendig, wenn wir in eine Volksabstimmung gehen, dass wir den Leuten sagen können, wo das gebaut wird. Das interessiert die Leute und ich denke, wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir sagen, es soll jetzt einfach ein bisschen Geld bewilligt werden und wir würden dann selber entscheiden, wo es gebaut wird. Das ist kein Weg, der mehrheitsfähig ist.

**Markus Müller (SVP):** Ich anerkenne den guten Willen von Rainer Schmidig und ich verzeihe dem neuen Regierungsrat, denn er ist mit wenig Erfahrung im Bauwesen aufgesprungen und ich begreife, dass er es durchbringen will. Aber wenn die Volksabstimmung negativ ausfallen soll, dann müssen Sie eine Vorlage über 11.5 Mio. Franken bringen und dem Volk sagen, dass wir noch nicht wüssten, wohin damit. Dann ist es gestorben, dann wird es abgelehnt. Da müssen wir nicht einmal einen Abstimmungskampf machen. Jeder vernünftige Bürger wird sagen, 11.5 Millionen und die wissen nicht einmal wohin? Keine Chance. Deshalb ist es auch kein Königsweg, Werner Bächtold. Es geht noch weiter: Wir können heute abstimmen, dass wir aus dem Klosterviertel ausziehen werden. Da stimme ich auch zu, wir müssen das freispielen. Auf der anderen Seite ist das Gebäude, wo heute die Fahrzeugkontrolle ist, eine grosse Chance, dass es als Bürogebäude überlebt. Das ist, soweit ich weiss, noch nicht so alt und nicht unzweckmässig. Sogar auch das können wir beschliessen. Aber es geht um mehr. Wir müssen noch anschauen, was danach kommt. Ich habe nicht gesagt, dass wir alles à priori nach Beringen verlegen müssen. Ich bin aber enttäuscht von dem, was letztes Mal gesagt wurde, dass eine dezentrale Lösung verworfen wurde. Es könnte auch sein, dass wir eine abgespeckte Lösung Solenberg bringen und das Beringer Zentrum bestehen lassen. Ich kenne das Zentrum der städtischen Busbetriebe nicht. Vielleicht sind sie gut eingerichtet und haben Fachleute. Vielleicht gibt es so eine Lösung. Die ist dann besser, als das, was wir jetzt haben. Nutzen wir diese Zeit und folgen wir Erich Schudel.

**Jürg Tanner (SP):** Die Sache nimmt jetzt meines Erachtens eine eigenartige Wende. Ich verstehe den Antrag von Rainer Schmidig nicht ganz. Und noch viel weniger verstehe ich, dass er auf Zustimmung stösst. Wir haben bis jetzt eine Vorlage, ein Projekt und einen Standort. Jetzt sagt die SVP, dass ihnen das nicht passe. Aber sie sagen nicht, wo man anstelle davon bauen solle. Sie wissen es genauso wenig und Sie sind derart heterogen. Arnold Isliker sagt, der beste Standort wäre im Kanton Zürich. Das wäre eine Variante. Markus Müller erwähnt andere Standorte und Dritte wollen es privatisieren. Es ist richtig, in der EU sagt niemand etwas, aber wir können das auch nicht. Entweder müsste man das Projekt zurückweissen,

aber dann müsste man eine Idee haben. Die habe ich aber jetzt von der SVP nicht gehört, wohinter Sie alle stehen können und keine weiteren Anträge kommen. Das ist nicht zielführend. Ich muss noch etwas zum städtischen Finanzreferenten sagen: Mich wundert es, wie Sie sich in dieser Abstimmung als gewählter Stadtrat verhalten. Sie vertrauen offenbar darauf, dass das in den Zeitungen nicht publik gemacht wird. Ich bin sehr überrascht, wie sich ein Stadtrat hier verhält, wo es um zentrale Anliegen unserer Stadt geht.

**1. Vizepräsident Andreas Frei (SP):** Zum Antrag von Rainer Schmidig wurde bereits alles gesagt. Vor allem wegen der Kosten, die wir nicht transparent darlegen können in einer Volksabstimmung kann man diesen an und für sich guten Kompromiss nicht eingehen. Ich empfehle Ihnen, diesen Antrag nicht anzunehmen. In der Kommission haben wir den Standort intensiv diskutiert und ich breche eine Lanze für die Kommissionsarbeit und für die Planenden, die sich das gut überlegt haben. Die jetzt geplante Anbindung an diesen Standort ist exzellent, mit einem Autobahnanschluss. Zudem ist er für einen Grossteil der Stadt, für den ganzen Reiat und für den oberen Kantonsteil ebenfalls optimal. Josef Würms hat die Verbindung vom Klettgau dorthin sehr anschaulich geschildert. Das ist das Hauptargument. Ich hoffe, dass wir bei der Volksabstimmung zwei Mal ein Ja erhalten. Es gibt gewisse bauliche und betriebliche Synergien an diesem Standort. Wenn immer wieder von bürgerlicher Seite erwähnt wird, der Staat müsse effizient arbeiten und die Synergien nutzen, dann ist das genau so ein Beispiel. So, wie es die Kommission, die Planenden und der Regierungsrat vorgeschlagen haben, ist es gut gelöst. Ich empfehle Ihnen, den Antrag von der Kommission anzunehmen.

**Kurt Zubler (SP):** So weise der Kompromissvorschlag von Rainer Schmidig geklungen hat, rufe ich Sie trotzdem dazu auf, auf jeden Fall nicht zu unterstützen. Denn wir können im Abstimmungsbüchlein beim Projekt nicht schreiben, der Standort sei möglicherweise im Solenberg. Das geht nicht, das wäre der Tod der Vorlage, davon bin ich überzeugt. Entweder muss man dem Rückweisungsantrag zustimmen oder der Kommissionsvorlage. Beim Rückweisungsantrag müsste klar sein, welche Fristen bestehen, bis wann was geklärt werden soll.

**Matthias Freivogel (SP):** Aus der Kommission haben wir schlüssige Meldungen erhalten: «Einstimmig stimmt die Kommission dem Beschluss betreffend Kredit für einen Neubau für das StVA zu.» Einstimmig. Es gab diverse Vertreter der SVP. Offenbar wurde schlüssig diskutiert. Jetzt kommen Sie wie die alte Fasnacht. Ich muss Ihnen sagen, haben Sie den Mut

und legen Sie das dem Volk so vor. Das ist eine Sachfrage. Andreas Frei hat dargelegt, wie das ist. Entweder sagt das Volk Ja oder Nein. Es ist keine Schande, wenn das Volk eine derartige Sachfrage anders beurteilt. Dann nehmen wir diesen Rückweisungsantrag des Volks ernst und bringen etwas Neues. Aber jetzt wieder die Vorlage zurückweisen, das ist nicht gut.

**Daniel Preisig (SVP):** Ich wurde von Jürg Tanner angesprochen, weshalb ich mich ein zweites Mal melde, weil ich mich rechtfertigen muss, warum ich wie gestimmt habe. Das müsste ich nicht, aber ich mache es trotzdem, denn es ist wichtig, wenn so ein Vorwurf im Raum steht. Ich stehe voll hinter der Freispielung des Klostergevierts. Natürlich ist das wichtig für die Stadt. Aber ich möchte das so tun, dass es funktioniert und dass auch das Volk zustimmt. Deshalb habe ich so gestimmt, wie ich gestimmt habe.

**Regierungsrat Martin Kessler:** Mit der Einigkeit ist das so eine Sache. Vorhin habe ich Kompromissbereitschaft mit dem Königsweg von Rainer Schmidig gezeigt. Das hat gute Gründe. Wir haben über diese Idee, den Standort aus der Vorlage herauszunehmen schon in einer früheren Phase gesprochen. Wir sind aber zum gleichen Schluss gekommen, wie Sie. Es wird schwierig, die Vorlage ohne einen Standort vor dem Volk zu vertreten. Da habe ich auch Verständnis. Ich wollte in dieser Frage aber die Bereitschaft zeigen, dass wir darüber sprechen wollen. Bezüglich der Zahlen ist es nicht so, dass ein anderer Standort zu komplett anderen Zahlen führt. Denn die Testplanung für das StVA mit der Kostenschätzung wurde für den ursprünglich vorgesehenen Standort Schweizersbild gemacht. Das heisst, das Gebäude des StVA wird auf einer ebenen Fläche im Kanton Schaffhausen gebaut. Es gibt keine Unterkellerungen. Man weiss, als wieviel diese Hochbauten kosten werden. Das einzige, bei dem ich Andreas Gnädinger Recht gebe ist, dass sich beim Landpreis etwas bewegen könnte. Wir rechnen in der Vorlage mit 265 Franken pro Quadratmeter. Es könnte sein, dass man vielleicht auf 200 Franken hinunterkommt. Aber es wird sicher nicht teurer, weil wir sicher nicht an einem teureren Ort als im Herblingertal Industrieland kaufen können. Von daher kann ich verantworten, dass wir sagen, der Betrag funktioniert. Aber der Entscheid liegt bei Ihnen. Ich sehe die Einmütigkeit, die Sie vortragen. Zu den Materialien: Ich nehme gerne zur Kenntnis, dass der Rat heute ausführlich und ausdrücklich mehrfach gesagt hat, es stehe ausser Frage, dass das StVA aus dem Klosterareal ausziehen wird. Bezüglich des Standorts bin ich nicht sicher, auch wenn Sie das zurückweisen. Markus Müller wird immer noch nicht zufrieden sein, wenn wir in einem halben Jahr zum Schluss kommen, dass der Solenberg doch der richtige Ort ist. Ich mache mir da keine Illusionen,

es wird wieder Diskussionen geben. Das Argument bezüglich der Salami-taktik finde ich sehr eindringlich und ich habe Respekt davor, dass dieses Thema in einer weiteren Volksabstimmung gebracht werden könnte. Es wäre korrekt, wenn man dem Stimmvolk jetzt sagt, dass wir das StVA und das PSZ an einem neuen Standort wollen. Der Standort ist im Herblingertal. Wir wollen der Stadt die Riesenchance geben, das Klosterareal zu entwickeln. Und wir wollen mit dieser Planung jetzt, respektive nach der Volksabstimmung umgehend starten können.

**Kommissionspräsident Werner Bächtold (SP):** Die Kommission beantragt Ihnen einstimmig, über dieses Geschäft jetzt abzustimmen. Deshalb bitte ich Sie im Namen der Kommission, diesen Rückweisungsantrag zurückzuweisen.

### Abstimmung

**Mit 36 : 18 wird der Rückweisungsantrag von Erich Schudel abgelehnt.**

**Rainer Schmidig (EVP):** Ich weiss zwar, wie das Ergebnis sein wird, aber ich stelle trotzdem den Antrag, in Ziffer eins den Standort zu streichen.

**Jürg Tanner (SP):** Ich schätze Rainer Schmidig sehr. Aber hier kann man einfach keinen Kompromiss machen. Ich bitte Sie eindringlich, beim ursprünglichen Antrag zu bleiben. Denn wenn wir das gutheissen würden – ich sehe schon den Abstimmungskampf vor mir. Die einen sagen sie wollen den Standort in Schleithem, statt dem Zivilschutz. Die anderen sagen, im Pflegezentrum wurden bisher die Alten gepflegt, jetzt pflegen wir die Fahrzeuge. Es gibt dann hundert Meinungen und die Verwirrung wird riesig. Wir müssen den Leuten sagen, wo das gebaut wird. Das ist das Zentrale und ich bitte Sie, diese Sache zu retten. Die Idee ist gut, aber die Ausführung schlecht.

**Josef Würms (SVP):** Wir haben eine Führungsaufgabe wahrzunehmen. Diese ist, dass wir eine fertige Vorlage machen. Fertig ist sie nur, wenn der Standort benannt ist. Ich bitte Sie dieser Vorlage so zuzustimmen.

**2. Vizepräsident Lorenz Laich (FDP):** Im ersten Moment hatte ich eine gewisse Sympathie für den Antrag von Rainer Schmidig. Es wurde in diesem Rat immer darüber gesprochen, dass wir für ein Projekt in dieser Grössenordnung seriös evaluieren müssen. Da stellen wir nicht einfach nur

ein Einfamilienhaus hin, wo man sagen kann, man stellt es anstelle in Gemeinde A in die Gemeinde B. Die Tragweite ist schon grösser. In dem Sinne warne ich davor, sich Vorstellungen zu machen, dass wir irgendwann im Juli über einen neuen Standort diskutieren werden. Das ist absolut illusorisch. Ich denke auch immer wieder daran, welchen Eindruck wir nach aussen als Kantonsrat widerspiegeln, in diesem beschaulichen Kanton Schaffhausen. Wenn wir sagen würden, dass wir fast zwölf Mio. Franken beantragen, aber – liebes Volk – wir können nicht sagen, wo der Standort ist, dann demonstrieren wir einhellig unsere Entscheidungsunfreudigkeit. Wir sind hier, um Entscheide zu fällen und nicht dem Volk zu sagen, dass wir schon schauen würden, wo das dann hinkommt. Jedem Kind würde man sagen, es soll noch einmal kurz ins Zimmer gehen und überlegen, was es wolle, dann könne es wieder kommen. Ich warne auch davor, diesen Antrag anzunehmen. Bleiben wir bei dem – übrigens einhellig von der Kommission beschlossenen – Antrag. Ich bin auch etwas irritiert, dass gewisse Leute in der Kommission dem Ganzen zugestimmt haben, aber vorher in der Schlussabstimmung nicht. Ich bin mir nicht sicher, wie ich mir das erklären soll.

### **Abstimmung**

**Mit 37 : 13 wird der Antrag von Rainer Schmidig abgelehnt.**

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft.

### **Schlussabstimmung**

**Mit 47 : 7 wird dem Kreditbeschluss betreffend Neubau für das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt zugestimmt. – Das Geschäft ist zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.**

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr

<b>P. P.</b>	<b>A</b>
8200 Schaffhausen	